

Abonnement 20 Pf. monatlich 2,60 Pf. im voraus zahlbar, Postweg 4,32 Pf. einschließlich 60 Pf. Poststempel und 72 Pf. Poststempelgebühren. Auslandabonnent 6,- Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatz siehe S. 1.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kongressliste 80 Pf. Nebenzettel 3,- Pf. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Heftes 25 Pf. täglich und fortgesetzte Besatz jedes weiteren Heftes 12 Pf. Kabarett u. Satir. Satireblätter des ersten Heftes 15 Pf. jedes weitere Heft 10 Pf. Werte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro bis 17 Uhr, täglich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-207 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. D. u. D. - Gef., Depositent., Jerusalemstr. 63-66.

Saß: Justiz.

Meineidsklage für Beamtenpflichttreue.

Die Anklage gegen einen Beamten, der in Ausübung seines Dienstes fast sein Leben verloren hätte, und die schimpflichen Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, sind Ausfluß eines Systems, das seit dem Siege des „Ordnungsblocks“ in Thüringen sich in der thüringischen Justiz breitgemacht hat. Dies System besteht im Mißbrauch der Justiz zu politischen Kampfwegen, es ist das System der politischen Rachejustiz.

Jastrow hat in seinem Buch über den Justizmord an dem Oberstaatsanwalt Frieders die Tendenzjustiz in Thüringen folgendermaßen geschildert:

„Aus seiner Oppositionszeit hatte der „Ordnungsblock“ mit Wahlsieg und Kabinettsbildung (Januar bis April 1924) die Aufgabe einer Abrechnung mit der äußersten Linken übernommen, worunter man in Thüringen Sozialdemokraten und Kommunisten verstand. Das Mittel dazu war der politische Prozeß. Gegen wieviel Personen vorgegangen wurde, ist niemals ausgezählt worden. Schon die sieben Prozesse, die größeres Aufsehen erregten, mußten für das kleine Land (kleiner als die meisten preussischen Provinzen) soviel bedeuten, wie wenn in Preußen eine neue Regierung sich mit 150 bis 200 Anklagen gegen ihre Vorgänger und deren Beamte einführen wolle. Politische Prozesse sind objektiv Bestandteile eines Kampfes gegen Personen, die man beseitigen will; inwiefern subjektiv die Absicht die Schuldbehauptung hervorgebracht hat, ist schwer, und vollständig nur selten zu beweisen. Doch in den Fällen, wo Unschuld vorlag, bei einem Teile der Verfolger politische Leidenschaft mitsprach, wird nicht bestritten werden.“

Diese Rachejustiz war nur möglich, wenn die Staatsanwaltschaften sich dazu hergaben, Tendenz-Anklagen zu vertreten, wie es in Thüringen der Fall war. Indessen scheiterte sie in vielen Fällen an den Gerichten, so im Falle Hermann und Voeb — im Falle Frieders freilich hat das Milieu des politischen Kampfes auch das Gericht in seinen Bann gezogen.

Der Fall Schmidt hat große Ähnlichkeit mit dem Fall Voeb. Der Präsident der thüringischen Staatsbank Voeb war von der Regierung des „Ordnungsblocks“ entlassen worden. Da er sich alle Ansprüche aus seinem noch laufenden zehnjährigen Vertrage vorbehielt und diese in einem Zivilprozeß geltend zu machen waren, war von da ab die Kampfstellung gegen ihn gegeben. Wenn es nun gelang — so rechnete man in der reaktionären thüringischen Regierung —, dem Zivilprozeß ein Strafverfahren wegen „Untreue“ mit Verurteilung voranzuschleppen, so war der Ausgang des Zivilprozesses gesichert. Während man sich den Schwierigkeiten dieser strafrechtlichen Konstruktion nicht abmühte, tauchte die Behauptung auf, es lasse sich nachweisen, daß Voeb, als Zeuge in einem Frankfurter Zivilprozeß kommissarisch in Weimar vernommen, sich eine Unwahrheit oder Ungenauigkeit habe zuschulden kommen lassen. Jetzt war alles auf die Möglichkeit eines solchen Meineidsprozesses zugespielt. Gelang die Verurteilung wegen Meineids, so erschien bei der geplanten Anklage wegen Untreue auf der Anklagebank ein vorbestrafter Mensch, während die Vorarbeit des Untreueprozesses für den Zivilprozeß in der genannten Art die weitere Folge war. Die dreitägigen Verhandlungen ergaben aber keinerlei Anhalt für die Möglichkeit eines strafbaren Verschuldens und endeten mit Freisprechung.

Hier wurde das System, die Benutzung der Meineidsklage als Kampfwaffe, deutlich sichtbar. Diese Waffe wurde dann, diesmal mit Erfolg, im Frieders-Prozeß angewandt.

Im Falle Schmidt lagen die Verhältnisse ähnlich. Der sozialdemokratische Polizeibeamte wurde in Wartestand versetzt. Er machte Forderungen und Ansprüche gegen die Stadt Weimar geltend. Auch hier versuchte man vor dem Zivilprozeß einen Strafprozeß zu schieben. Gelang es, im Strafprozeß eine Verurteilung wegen Meineids zu erzielen, so waren die Ansprüche Schmidts selbstverständlich verloren, und die Stadt Weimar von allen Leistungen an Schmidt befreit. Es war diesmal die Stadtverwaltung Weimar, die Strafanzüge gegen Schmidt erstattete, um sich ihrer Verantwortlichkeit zu entziehen. Weil die Stadt Weimar sich um eine Rente drücken wollte, sollte Schmidt meineidig gemacht werden und ins Zuchthaus wandern!

Wie im Falle Voeb fand diese Absicht eine Staatsanwaltschaft, die den Versuch der Tendenzanklage bis zum letzten Augenblick durchhielt. Im Falle Voeb war die Anklage vollständig zusammengebrochen, so daß jedermann erwartete, daß selbst die Staatsanwaltschaft sie fallen lassen würde. Dennoch befahl der Staatsanwaltschaftsrat Floel die Stürm, eine überaus harte Zuchthausstrafe mit Ehrverlust zu beantragen.

Freispruch in Weimar.

Die Tendenzanklage völlig zusammengebrochen.

Weimar, 16. April. (Eigenbericht.)

Das Weimarer Schwurgericht hat den Polizeioberwachmeister i. W. Schmidt von der Anklage des Betrugs und des Meineids freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Der Staatsanwaltschaftsrat Dollstädt hatte ein Jahr drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Nach eingehender Ortsbesichtigung erstattete Polizeirat Behre, der damalige Chef des Angeklagten, Bericht über Führung und Eignung desselben. Danach war Schmidt ein sehr tüchtiger und bildungsfähiger Polizeibeamter, der sich in jeder Weise bewährt habe, bei dem nicht im geringsten ein Ründigungsgrund vorlag.

Zeuge Kriminalsekretär Falke hat als einziger sich den Waffentat des Angeklagten kurz nach dem Vorfall genau angesehen. Damals habe man schon gemerkt, Schmidt hätte sich möglicherweise den Schuh selbst beigebracht. Er habe an dem Rad ein Loch mit Blutstücken herum gesehen. Pulverschleim oder Brandspuren seien ihm nicht aufgefallen. Er habe auch den Einschuh nicht für einen Nachschuß gehalten.

Nach einer einundhalbstündigen Mittagspause begannen gegen 4 Uhr die Verhandlungen. Der einzige, der sich nicht zu der Ueber-

zeugung aufschwingen konnte, daß der Prozeß gegen Oberwachmeister i. W. Schmidt ein politischer sei, war der Weimarer Staatsanwaltschaftsrat Dollstädt. Auf einer Häufung von Indizien, auf Vermutungen des Angeklagten durch den Stadtsyndikus Thomas, dessen Aufgabe darin bestand, die Ansprüche des Beamten an die Stadt von dieser abzuwälzen, baute sich die Anklage auf, eine Anklage, die von der Rechtspresse, besonders der nationalsozialistischen, dazu benutzt wurde, gegen einen republikanischen Beamten zu hetzen. Weil er Sozialdemokrat und Republikaner war, sollte er sich den verhängnisvollen Schuh selbst beigebracht haben, weil man ihm unterstellte, daß er neben der Erzielung höherer Pensionsansprüche und einer Versicherungssumme auch noch nach dem Ruhm eines politischen Märtyrers trachte. Diese Unterstellung wurde geführt durch das Verhalten des Stadtvorstandes, besonders des Syndikus Thomas, und von der Rechtspresse benutzt, einen Beamten, der aus seiner republikanischen Ueberzeugung kein Hehl machte, durch den Kot zu schleifen. Betrug, versuchten Betrug und Meineid warf man ihm vor. Rasellos ist er aus der Gerichtsverhandlung hervorgegangen. Gegenüber dem Strafantrag des Staatsanwalts, der auf ein Jahr drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust lautete, erkannte das Schwurgericht auf bedingungslos Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Ruhe und Arbeit in Spanien.

Berhandlungen Madrid — Barcelona. — Weitgehende Amnestie.

Madrid, 16. April. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag vormittag und nachmittag herrschte in ganz Spanien vollkommene Ruhe. Die Arbeit wurde nach dem Feiertag am Mittwoch überall wieder aufgenommen. Auch in Barcelona, wo die Feindschaft zwischen der Einheitsgewerkschaft und der unter der Diktatur von General Valdo gegründeten „freien Gewerkschaft“, einer reaktionären Organisation, gefährliche Formen anzunehmen drohte, ist vorläufig der Friede wiederhergestellt.

Zwischen der katalonischen Regierung und der Madrider Zentralregierung sind inzwischen Schwierigkeiten aufgelöst, da sich die Regierung in Madrid der Errichtung eines besonderen katalonischen Staates widerwehrt. In Madrid wurden am Donnerstag Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsminister Nicolau d'Oliver und einem Delegierten der katalonischen Regierung aufgenommen, die, wie man glaubt, zu einer Verständigung im Sinne der katalonischen Wünsche führen werden.

Die Regierung hat am Donnerstag beschlossen, alle zu leichten Freiheitsstrafen verurteilten Personen grundsätzlich zu begnadigen. Dieselbe Maßnahme wird auf alle Strafgefangenen angewandt werden, die von jetzt ab weniger als vier Jahre Gefängnis zu verbüßen haben. Allen übrigen Verurteilten wird die Hälfte der Strafe erlassen. Sie werden aber, soweit ihnen keine

höhere Strafe als sechs Jahre Gefängnis zudiktiert ist, pro forma in Freiheit gesetzt. Die wegen der Teilnahme an dem Dezemberaufstand verurteilten Flieger des Madrider Flugplatzes sind am Donnerstag sämtlich aus der Haft entlassen worden.

Am Donnerstag sind auch die endgültigen Ergebnisse der Gemeindevahlen auf dem Lande veröffentlicht worden. Danach haben in der Gesamtheit der Gemeindevahlungen auf dem Lande die Monarchisten die Mehrheit erhalten.

Daß die Wahlergebnisse in den kleinen Gemeinden auf dem flachen Lande und im Gebirge, wo die Macht des Klerus noch vielfach ungebrochen und der Prozentsatz der Alphabeten zum Teil ungeheuer hoch ist, ein wesentlich anderes Gesicht als in den Städten haben würden, ist hier bereits am Dienstag als sicher angenommen worden. Das hat aber für die Stimmung des Volkes, soweit es politisch denkfähig ist, wenig zu besagen. Außerdem dürfte die Nachricht von der Flucht des Königs auch in den Dörfern einen starken Umschwung zur Folge haben, besonders dann, wenn die Kirche, wie es den Anschein hat, so klug ist, ihren Frieden mit dem neuen Regime zu schließen.

Die Hoffnung auf das Dorf scheint es zu sein, die Alfons veranlaßt hat, in letzter Stunde nicht förmlich abzudanken.

Floel hat in dem Staatsanwaltschaftsrat Dollstädt einen würdigen Nachfolger gefunden. Der Tendenzcharakter der Anklage gegen Schmidt ist im Prozeß klar hervorgetreten, nicht der Schatten eines Beweises für seine Schuld ist beigebracht worden. Dennoch der Strafantrag auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust!

Dieser Strafantrag ist die äußerste Konsequenz des Systems der politischen Verfolgung von Republikanern mit Hilfe der Justiz, das erfreulicherweise auch in diesem Falle keine Grenze am Spruch der Richter gefunden hat!

In einem Punkte aber unterscheidet sich die Anklage gegen Schmidt von der gegen Voeb. Damals wurde ein nicht von vornherein durchsichtiger Vorgang aus einem jahrelang zurückliegenden Zivilprozeß zur Verfolgung benutzt, diesmal aber ein weit klarerer Tatbestand! Das Opfer eines Hakenkreuzbanditen, das einen lebensgefährlichen Schuh in der Nähe des Herzens davongetragen hatte, wurde kurzerhand beschuldigt, sich den Schuh selber beigebracht zu haben! Ein einfaches Verfahren, das künftig Hakenkreuzmörder zu der Angabe verführen muß, ihre Opfer hätten sich selbst umgebracht, um der Republik Märtyrer zu liefern! Denn der Staatsanwalt von Weimar hat wahrhaftig Schmidt beschuldigt, er habe auf

sich selbst geschossen, um den Märtyrerspielen zu können!

Die Ungeheuerlichkeit dieser Beschuldigung wird nur übertroffen von der Unmoral, die sich in dem Vorgehen der Stadtverwaltung von Weimar zeigt. Um ein paar schätzbare Mark zu sparen, sollte ein pflichttreuer Beamter insamiert werden, er sollte zu dem Schuh eines Hakenkreuzbanditen noch den Fußtritt eines rechtsstehenden Stadtbeamten erhalten, zur Schädigung der Gesundheit noch den Verlust von Freiheit, Ehre und Existenz! Das ist die höchste Untreue, die denkbar ist. Der politische Haß gegen diesen Beamten hat über alle Gefühle der Rechtlichkeit, der Treue und der Scham triumphiert.

Der Versuch, das Opfer eines Hakenkreuzmörders zu infamieren, ist zusammengebrochen. Damit ist dieser Fall nicht abgeschlossen. Denn nun gilt es, Aufklärung zu verlangen über die Treiber dieser schimpflichen Anklage in der Weimarer Stadtverwaltung! Vor allem aber: wird die tüchtige Weimarer Staatsanwaltschaft sich nun endlich energisch um die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Mordlubes bemühen, der Schmidt niedergeschossen hat? Denn schließlich ist es die Aufgabe der Justiz, die Mörder zu verfolgen, und nicht die Opfer!

sondern, wie es in seiner Abschiedsbotenschaft heißt, nur „einseitig“ das Land zu verlassen, bis sich das Volk frei entschieden hat. Dieses Manifest ist nicht ungeschickt, obwohl auch nicht ganz aufrichtig. Denn es kann keine Rede davon sein, daß Alfons, wie er es behauptet, das Land „freiwillig“ verlassen hat. Er ist dazu durch den Wahlspruch des Volkes am vergangenen Sonntag gezwungen worden und riskierte seinen Kopf, wenn er versucht hätte, dieses Volksurteil zu ignorieren. Zu einem wirklich freiwilligen Verlassen des Landes bis zu den Parlamentswahlen ist ihm seinerzeit von verschiedenen Seiten, z. B. von dem in Paris lebenden ehemaligen Außenminister Santiago Riba, dringend geraten worden. Er hat diese Anregung damals, als es noch Zeit war, nicht befolgt. Jetzt ist es zu spät, und das spanische Volk wird ihn bei den nächsten Wahlen bestimmt nicht zurückrufen.

Freilich hoffen die Monarchisten noch auf soziale Unruhen oder auf einen Zerfall des Staates infolge der separatistischen Strömungen in Katalonien und im Baskenland. Aber die neue Regierung scheint zum Glück diese doppelte Gefahr klar erkannt zu haben. Wenn es auch keine Kommunisten in nennenswerter Zahl gibt, so leidet die spanische Arbeiterbewegung vielfach unter dem nicht weniger gefährlichen Treiben der Anarchisten und Syndikalisten, die von Ayscher, besonders in Barcelona, stark vertreten sind. Nichts würde die Konterrevolution stärker fördern, als jene Unruhen, zu denen ein Manifest der Moskauer Internationale unter der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ auffordert. Moskau hat zwar, wie gesagt, keinen nennenswerten eigenen Anhang in Spanien, aber es rechnet für die Durchführung seiner wahnwitzigen Befehle auf jene Anarchisten, die es in Sowjetrußland mit Stumpf und Stiel ausgerottet hat.

Die Frage des katalonischen und baskischen Separatismus ist ernsthafterer Natur, aber es scheint, daß man bereits gestern zwischen Madrid und Barcelona auf dem Wege zur Einigkeit war, und dann dürfte die neue Regierung erst recht mit den weniger gefährlichen baskischen Strömungen in der Gegend von San Sebastian fertig werden. Das katalonische Problem ist nicht erst durch den Umsturz akut geworden. Es ist uralte und es hat besonders in den letzten Jahren der Diktatur zu schweren Konflikten geführt. Kenner des Landes versichern, daß die Katalonier tatsächlich eine andere Sprache reden und einer anderen Kultur entstammen als die übrigen Spanier. Außerdem sind ihre wirtschaftlichen Interessen wesentlich verschieden. Unter diesen Umständen dürfte eine föderalistische Lösung kaum zu umgehen sein. Aber es ist zu hoffen, daß die Republikaner in Madrid und in Barcelona, die gemeinsam gegen das Königtum gekämpft und unter ihm gelitten haben, sich um so eher einig werden, als sie erkennen müßten, daß jeder Separatismus nur Wasser auf die Mühlen der Monarchie bedeuten würde.

Schwenkt die Kirche ein?

Madrid, 16. April.

Der Justizminister empfing eine Abordnung des Kapitels der hl. Kapelle. Die ihm mitteilte, daß das gestern zu einer Sitzung zusammengetretene Kapitel beschlossen habe, dem Minister korporativ einen Besuch abzusenden.

Der Minister stellte fest, daß darin eine Anerkennung der neuen Staatsform liege und forderte die Geistlichen auf, die Regierung bei der Erneuerung des staatlichen Lebens des Landes zu unterstützen.

Erz-König in Paris eingetroffen.

Paris, 16. April. (Eigenbericht.)

Erz-König Alfons hat mit seinem Gefolge am Donnerstag mittag um 12.20 Uhr Marseille mit dem jahresplanmäßigen Schnellzug verlassen. Bei der Abfahrt ertönen unter der auf dem Bahnsteig versammelten Menge Rufe „Es lebe der König“, die mit Rufen „Es lebe die Republik“ beantwortet wurden. Der Erz-König traf abends um 23.15 Uhr in Paris ein.

Die Königin Elisabeth von Belgien ist am Donnerstag abend in Paris eingetroffen, um der früheren spanischen Königsfamilie einen Besuch abzustatten. Für den Schutz der Familie, die voraussichtlich eine Woche in Paris bleiben wird, sind auf Grund einer Unterredung des Erbschafters Duinones de Leon mit dem Polizeipräsidenten umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Geheimpolizei soll außerdem die Weisung erhalten haben, für die Sicherheit der von der Erz-Königin mitgeführten Wertgegenstände zu sorgen. Man nimmt an, daß die Erz-Königin die gesamten Kronjuwelen, deren Wert auf über 40 Millionen Mark geschätzt wird, mit sich führt.

Massenflucht des Hochadels — missamt Bankkonten.

Madrid, 16. April.

Am Donnerstag sind die letzten Mitglieder des königlichen Hauses ins Ausland abgereist. Nur die Infantin Isabella, eine Tante des Königs, ist in Madrid zurückgeblieben, da sie erkrankt ist. Auch der spanische Hochadel schickt sich an, das Land zu verlassen. Der Drang, von Madrid fortzukommen, ist so stark, daß die Schlafwagen bereits auf Tage hinaus ausverkauft sind. Hand in Hand mit dieser Flucht aus Madrid gehen die Abhebungen an den Banken, die einen derartigen Umfang angenommen haben, daß die Geldinstitute zeitweise nur ein Viertel der verlangten Beträge auszahlen konnten.

Am Merikalen Lager melden sich bereits Stimmen, die die Regierung darauf aufmerksam machen, sie müsse ihre Macht auf die allerwichtigsten Angelegenheiten beschränken, da ihr Ursprung keinen gesetzlichen Hintergrund habe. Diese Kreise veranlassen auch eine baldige Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Besonders starke Befürchtungen hat man wegen der Selbständigkeitsklärung Kataloniens (allerdings im gesamtspanischen Rahmen), da das Föderationsproblem die Einheit Spaniens unter Umständen gefährden könnte.

Der Kriegsminister gibt die Ernennung des Fliegermajors Franco zum Chef der Abteilung „Militärflugwesen“ im Kriegsministerium bekannt. Gleichzeitig werden sämtliche ausgewiesenen früheren Offiziere aufgefordert, wieder bei ihrer Waffe einzutreten.

Erklärung Zamoras.

Paris, 16. April.

Alcala Zamora hat für das linksstehende Abendblatt „Soir“ eine Erklärung niedergeschrieben, in der es heißt: Wir müssen der Öffentlichkeit die Garantie geben, daß die zweite spanische Republik nicht in eine Schlichterei ausarten wird und daß an ihrer Spitze erfahrene Persönlichkeiten stehen. Auf Grund der Vereinbarung, die zwischen dem rechten Flügel der Republi-

Zentrum gegen Stahlhelm.

Mitgliedschaft im Stahlhelm unmöglich.

Koblenz, 16. April. (Eigenbericht.)

Der Parteitag des rheinischen Zentrums nahm zu dem Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages eine Entschliebung an, in der es heißt, daß die ganze Aktion unbegründet sei und nichts anderes als eine überflüssige Geldausgabe und ein unnötiges Aufwiegen der politischen Leidenschaften bedeute. Das Verhalten, das der Stahlhelm mit seinem Volksbegehren gegen das Zentrum mittelbar und unmittelbar auch gegen das Kabinett Brüning bei seiner Agitation an den Tag lege, sei derart, daß der Stahlhelm selbst zur Partei geworden sei und deshalb für ein Mitglied des Zentrums die Mitgliedschaft zum Stahlhelm unmöglich sei.

Terror auf dem Lande.

Zum Volksbegehren gegen das Volk.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

In Ostpreußen wird auch diesmal von den Gutsbesitzern und deutschnationalen Gemeindevorstehern schlimmster Terror geübt, um die Landarbeiter zur Einzeichnung bei dem Stahlhelmsvolksbegehren zu zwingen.

Im Kreise Insterburg drohte ein Inspektor den Landarbeitern mit Kündigung, wenn sie sich bis zum 15. April nicht eingetragen hätten. Ähnliche Vorkommnisse werden auch von anderen Gütern gemeldet. Ein deutschnationaler Gemeindevorsteher legte den Unterfügungsempfängern bei Auszahlung der Unterstützung gleichzeitig die Einzeichnungsliste für das Volksbegehren vor.

Das deutschnationale „Ostpreussische Tageblatt“, Insterburg, bedroht in seiner Nummer 84 die Gewerbetreibenden mit Boykott. Es heißt dort: „Nach Geschäftsleute und Gewerbetreibende, die sich bisher zurückhaltend verhielten, beteiligen sich an den Eintragungen, nachdem ihnen bekannt geworden ist, daß der Stahlhelm zwecks Kontrolle und Ueberprüfung die Eintragslisten zurückerhält und dadurch die Möglichkeit hat, alle Säumigen und Pfämenweihen öffentlich anzuprangern.“

Ein feiner Gemeindevorsteher.

Der Landrat des Stadtkreises Emden hat den Gemeindevorsteher in Woltzeten, Lübbers, vorläufig seines Amtes enthoben. Lübbers hat wiederholt versucht, Arbeiter unter Drohungen zur Eintragung für das Stahlhelmsvolksbegehren zu veranlassen. Das Disziplinarverfahren gegen Lübbers ist bereits eingeleitet.

Die Hez gegen Landrat Hansmann.

Die amtliche Untersuchung.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern am 16. April zur Untersuchung der Vorgänge gelegentlich der öffentlichen sozialdemokratischen Parteiverammlung in Mierenhof bei Hattingen im Schwelmer Kreise (Emspe-Nuhr-Kreis) den Ministerialrat Dr. Hoffmann der Personalabteilung des preussischen Ministeriums des Innern als Kommissar mit besonderen Weisungen und Vollmachten nach Hattingen entsandt.

Beschwerde des Stahlhelms.

Der Reichsminister gibt sie an das Reichsgericht.

Das Reichsministerium des Innern hat die ihm von dem preussischen Innenminister übermittelte und von dem Stahlhelm zunächst an den Berliner Polizeipräsidenten gerichtete Beschwerde gegen das Verbot seines Bundesorgans am Don-

nerstag mit einem kurzen Begleitföhrchen an den zuständigen Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung weitergeleitet. Das Reichsinnenministerium fühlt sich zu einer Entscheidung nicht berufen, da sich das Verbot des „Stahlhelm“ u. a. auch auf das Republikshutzgesetz stützt.

Es besteht — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — die Wahrscheinlichkeit, daß sich das Reichsgericht mit der Beschwerde des Stahlhelms nicht zu befassen braucht. Die Bundesleitung des Stahlhelms wird voraussichtlich am Freitag unter Bezugnahme auf das Verbot ihres Bundesorgans an den preussischen Innenminister ein Schreiben richten, durch dessen Inhalt die preussische Staatsregierung in die Lage versetzt werden soll, die Dauer des Verbots wesentlich zu beschränken.

Der Mord von Röntgental.

Revision der Verurteilten verworfen.

Leipzig, 16. April.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich heute mit dem schweren Verbrechen in Röntgental bei Berlin, bei dem ein Reichsbannermann durch Schüsse von Nationalsozialisten getötet und vier weitere Reichsbannerleute verletzt wurden. Der Prozeß vor dem Schwurgericht III Berlin endete, wie erinnerlich, mit der Verurteilung von 13 jugendlichen Nationalsozialisten zu erheblichen Gefängnisstrafen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch. In der Revisionsverhandlung wurde von dem Verteidiger der Angeklagten in erster Linie bestritten, daß zwischen den einzelnen nationalsozialistischen Gruppen eine Verbindung, einen Zusammenschluß herbeizuführen, bestanden hätte. Er beanstandete ferner, daß das Schwurgericht das Vorliegen von Notwehr bzw. vermeintlicher Notwehr völlig außer acht gelassen habe. Außerdem bemängelte die Revision noch die Annahme eines vollendeten Landfriedensbruchs, weil nach ihrer Auffassung der Begriff der Öffentlichkeit nicht vorgelegen habe.

Der Senat bestätigte jedoch das Urteil gegen sämtliche Angeklagten, da gegen das Urteil in keiner Weise Bedenken erhoben werden könnten. Alles was in der heutigen Verhandlung geltend gemacht wurde, stünde in einem absoluten Gegensatz zu den getroffenen Feststellungen. Von einer Notwehr oder vermeintlichen Notwehr könne schon deshalb keine Rede sein, weil nach dem ganzen Sachverhalt keiner der Angeklagten des Glaubens gewesen war, daß ihm ein Angriff durch die Reichsbannerleute drohte; deshalb müsse auch die Frage einer etwaigen Fahrlässigkeit verneint werden.

Das jetzt bestätigte Urteil verhängte gegen den Hafenkreuzer Markwardt 3 Jahre 6 Monate und gegen Köppner 2 Jahre Gefängnis. Die Angeklagten Hagn, Schwab, Wittke und Unruh erhielten je 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, die Angeklagten v. Zittwig, Schindler, Wiese, Kellermann je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, der Obersterliener Schüler 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, der Schüler Renner 1 Jahr Gefängnis und der Lehrling Stufa 9 Monate Gefängnis.

Zwölf Hafenkreuzler verurteilt.

Ratibor, 16. April.

Der dem Ratiborer Schnellrichter hatten sich zwölf Angehörige der NSDAP wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und gegen die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien vom 9. April 1931 zu verantworten. Der Sturmführer der Ratiborer SA, Wienus, wurde zu 3 Monaten Gefängnis und 30 M. Geldstrafe, die übrigen als Angeklagten zu je 2 Wochen Gefängnis und 15 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilten legen Berufung ein.

nischen Partei, den ich vertritt, und den übrigen Oppositionsgruppen (Republikaner, Katholik, Sozialisten, Gewerkschafter) getroffen worden ist, wird meine Partei sich das Ministerpräsidentium und das Innenministerium vorbehalten. Die zweite spanische Republik wird, wie ich versichern kann, eine Demokratie sein.

Neuer Botschafter für London.

London, 16. April. (Eigenbericht.)

Die republikanische Regierung Spaniens hat den Schriftsteller Perez de Ayala zum Botschafter in London ernannt. Perez de Ayala wird sein Amt schon in den nächsten Tagen antreten.

Farbige schießen auf Republikaner in Tetuan.

Madrid, 16. April. (Eigenbericht.)

Aus Casablanca wird gemeldet, daß die Eingeborenen-garde der spanischen Generalresidenz in Tetuan am Mittwoch auf einen Trupp Manifestanten geschossen hat, der in das Palais eindringen und die republikanische Flagge hissen wollte. Drei Personen wurden getötet, zwölf verletzt.

Königsschloß wird Museum.

Madrid, 16. April. (Eigenbericht.)

Der Nationalfeiertag in Spanien ist im allgemeinen ruhig verlaufen. In allen Städten fanden große Freudenkundgebungen statt, bei denen Hochrufe auf die Republik und Niederrufe gegen die Monarchie ausgebracht wurden. In einigen Orten, so in Madrid, wurden Königsgedenkmäler demoliert.

Unruhen waren zu verzeichnen in Malaga, Valencia, Bilbao und Hueloa. In Malaga drang die Menge in die Geschäftsräume einer monarchistischen Hochzeitung ein, zerstörte alle Maschinen und Einrichtungen und steckte das Gebäude in Brand. In Valencia und Bilbao meuterten die Gefangenen, ohne daß es jedoch zu Blutvergießen kam. In Hueloa schloß die Zivilgarde auf die Menge, die sich trotz wiederholter Aufforderungen nicht zerstreuen wollte. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere andere Personen wurden verletzt.

In dem Ministerrat, der spät in der Nacht zum Donnerstag zu Ende war, sind mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Die Regierung wird heute von dem königlichen Schloß Besitz nehmen. Mit Hilfe eines Notars sollen ein Inventarbestand aufgenommen und anschließend sämtliche Räume verteilt werden. Die Regierung hat sich ferner mit der Abwanderung der Kapitalisten beschäftigt und in dieser Beziehung strenge Maßnahmen beschlossen, die noch nicht veröffentlicht worden sind. Schließlich hat die Regierung drei Verordnungen erlassen. Die erste sieht eine Abänderung des von Primo de Rivera erlassenen Strafgesetzes vor, die zweite die Auflösung der von der Diktatur eingerichteten bewaffneten

Zivilorganisationen (Somaten) und die dritte die Gewährung einer Pension an die Hinterbliebenen der erschossenen Hauptleute Galan und Hernandez. Die Regierung hat an die diplomatischen Vertreter im Ausland ein Rundtelegramm geschickt, in dem sie diese von der Ausrufung der Republik in Kenntnis setzt und sie beauftragt, den fremden Regierungen davon Mitteilung zu machen.

Die drei Minister J. Prieto, Domingo und Nicolau d'Oliver, die in Paris in der Verbannung gelebt hatten, sind am Mittwochabend in Madrid eingetroffen und von einer riesigen Menschenmenge mit großem Jubel begrüßt worden.

Notifizierung des Regimewechsels in Berlin.

Von Seiten der spanischen Botschaft in Berlin ist heute dem Auswärtigen Amt eine Verbalnote übergeben worden, welche mitteilt, daß die Republik in Spanien unter dem freudigen Beifall der Bevölkerung ausgerufen und daß eine provisorische Regierung in der bereits bekannten Zusammensetzung gebildet worden ist. Die Note weist darauf hin, daß in Spanien Ruhe herrsche.

Oesterreichisches Aufmarschverbot.

Kein allgemeines Demonstrationsverbot.

Berliner Blätter berichten aus Wien, daß die österreichische Bundesregierung ein allgemeines Demonstrationsverbot für die Zeit vom 1. Mai bis zum 1. September erlassen habe.

Wie wir hierzu auf Grund einer besonderen Rückfrage in Wien feststellen können, ist jene Meldung in dieser Form ganz unrichtig. Unter Demonstrationsverbot versteht man in Oesterreich ausschließlich das Verbot des kaiserlichen militärisch ausgezogenen Verbände in Uniform. Die eigentliche Demonstrationsfreiheit bleibt von diesem Verbot unberührt. Die Maßnahme der österreichischen Regierung, die sich übrigens bis zum 1. Oktober erstreckt, erfolgt besonders im Interesse der Kurorte und Sommerfrischen, die von angekündigten Heimwehraufmärschen mit den anschließenden üblichen Exzessen wirtschaftliche Schäden befürchteten.

Die Raibemonstrationen der österreichischen Arbeiterschaft werden davon ebensowenig betroffen wie die im Juli zu erwartenden Riesentkundgebungen in Wien anlässlich der Arbeiter-Diampade und des Internationalen Sozialistischen Kongresses. Allerdings wird auch der Republikanische Schutzbund an diesen Demonstrationen nicht in militärischem Aufmarsch und nicht in Uniform mitwirken können.

Verforgung der Kriegsoffer!

Ein Appell des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die größte Organisation der Kriegsoffer, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen, der 500 000 Mitglieder zählt, fordert für das ganze Reich zu Kundgebungen gegen einen Abbau in der Versorgung der Kriegsoffer auf. Der Pressedienst des Reichsbundes gibt eine Artikelserie heraus, in der es heißt: „Warum dieser Aufruf! Das ist die Frage, die sich wahrscheinlich so manchem nichtkriegsbeschädigten Staatsbürger aufdrängen wird. Nun, um es kurz zu sagen: man hat fast allgemein den großen Krieg vergessen.“

Leider ist diese Feststellung nur zu wahr. Man erinnert sich in gewissen Kreisen kaum noch daran, daß zwei Millionen von 13½ Millionen mobilisierten Soldaten den Opfertod starben und 4½ Millionen Kriegsverwundungen zu verzeichnen waren. Nach den Angaben zum Etat sind heute noch rund 840 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte vorhanden. An Hinterbliebenen zählt man 380 000 Witwen, 625 000 Waisen und 380 000 Eltern, von denen sich nur die Zahl der Waisen wesentlich vermindern wird, da diese, von Ausnahmefällen abgesehen, nach dem 18. Lebensjahr keine Rente mehr erhalten.

Vergleicht man die Renten für die Kriegsoffer mit den Pensionen namentlich der Stabsoffiziere und der Generallität, so sind sie verschwindend gering. Ein Oberstleutnant erhält durchschnittlich monatlich 75 Mark. Die Witwenrente beträgt einschließlich voller Zulage, die nur bei besonderer Bedürftigkeit gewährt wird, monatlich durchschnittlich 70 bis 75 M., die Waisenrente, einschließlich Zulage, monatlich 24 bis 28 M.

Die Befürchtung der im Reichsbund organisierten Kriegsoffer geht nun dahin, womöglich sogar über den Weg einer Rotverordnung, ein weiterer Abbau der Bezüge der Kriegsoffer erfolgt. Eine Reihe von Entwürfen des Reichsarbeitsministeriums scheinen auf derartige Absichten hinzudeuten. Der erste Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Pfänder, sagt in einem Aufsatz: „Die schwerste Gefahr, die den Kriegsoffern droht, ist der Angriff auf die Renten selbst. Die einzelnen Ministerien haben sicherem Vernehmen nach vom Finanzminister den Auftrag zur Einreichung von Sparvorschlägen erhalten. Man will also auch die Versorgung angreifen.“

Gewiß ist die beste Versorgung der Kriegsoffer ihre gleichberechtigte Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess, soweit dies nach der Art der erlittenen Schäden möglich ist. In der Gegenwart aber, deren Schwierigkeiten auch vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten nicht verkannt werden, muß man dem zweiten Vorsitzenden des Bundes, Johannes Noa, zustimmen, wenn er schreibt: „Die Kriegsoffer haben 17 Jahre nach Kriegsbeginn — damals lautete es anders — immer noch keine endgültige Regelung ihrer Ansprüche. Sie sind sich im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflichten darüber einig, daß sie einen guten Kampf kämpfen und ein Recht haben auf eine Vermittlung ihrer Forderungen nach zu ihren Lebzeiten. Ein Rentenabbau ist somit völlig unangebracht. Daher Hände weg von der Versorgung der Kriegsoffer!“

Die Politik der Reichstagsfraktion.

Zwischen-Plänen für die Disziplinbrecher.

Der Bezirksparteitag für den Organisationsbezirk Zwischen-Plänen nahm nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Seydewitz und Graupis eine Entschließung an, in der den neun Abgeordneten, die gegen die Fraktion stimmen, das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Entschließung wurde teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit angenommen. Sie lautet:

„Der Bezirksparteitag Zwischen-Plänen erklärt sich nach wie vor gegen den Bau des Panzerkreuzers B und billigt die Haltung der Abgeordneten unseres Wahlkreises, die im Reichstag gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben.“

Die Politik der bedingungslosen Tolerierung der Regierung, wie sie zuerst in der Stimmhaltung zum Panzerkreuzer B zum Ausdruck kommt, hat in diesem Augenblick einen außerordentlich gefährlichen Höhepunkt erreicht. Es ist unerkennbar, daß die Regierung Brünning mit ihrer brutalen sozialreaktionären Politik nicht nur die Arbeiterklasse treffen, sondern auch die Sozialdemokratie systematisch kompromittieren will. Der Bezirksparteitag ist überzeugt, daß die Genossen, die die Entscheidung der Fraktion nicht unterstützten, sich von der ernststen Sorge um die Partei leiten lassen.

Nach dem Panzerkreuzer B droht die Gefahr der Spaltung, der Verschlechterung der gesamten Sozialversicherung, der schrankenlosen Ermächtigung für die Brüningregierung und die Vertagung des Reichstages bis in den Spätherbst. Der Bezirksparteitag Zwischen-Plänen warnt die Reichstagsfraktion, auf diesem Wege weiterzukommen; denn die entscheidende Kraft der Abwehr des Faschismus beruht in der Einheit, Geschlossenheit und Kampfkraft der in der modernen Arbeiterbewegung vereinigten proletarischen Massen. Ihre weitere Stärkung durch eine klare Massenkampfpolitik ist das Gebot der Stunde.

Scharfe Mißbilligung der Neun in Leipzig.

Der erweiterte Bezirksvorstand des Bezirks Leipzig beschloß sich mit dem Verhalten der neun Genossen, die sich der Mehrheit der Reichstagsfraktion entgegenstellten. Nach einem Referat des Genossen Alpinowski und einem Korreferat des Genossen Engelbert Graf wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“ Nach diesem Grundsatz des Parteiprogramms ist die Disziplin das Fundament der Partei; mit ihr steht und fällt die Partei.

Seit der Reichstagswahl steht die Partei im geschlossenen Kampf gegen den Versuch, die faschistische Diktatur in Deutschland zu errichten. In diesem Kampfe handelt es sich, wie in Italien, um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse, ihrer Organisation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, um die Erhaltung der sozialen Errungenschaften in Deutschland, um den Kampf zur Rückkehr von der Diktatur zur parlamentarischen Gesetzgebung. Hinter dieser wichtigen Lebensfrage für die Arbeiterklasse mußten alle kleineren taktischen Fragen und Meinungen zurücktreten. Der Bezirksparteitag hat diese Taktik der Partei gebilligt.

Um so schwerer empfindet es der Bezirksvorstand, daß neun Mitglieder der Reichstagsfraktion, darunter auch der Genosse Graf, die Disziplin der Fraktion gebrochen haben, obgleich sie keine besseren Wege zur Lösung der politischen Krise weisen konnten. Dieser Disziplinbruch ist um so schwerer, als die Fraktion zwar den Antrag der Opponenten auf Freigabe der Abstimmung ablehnte, aber den alten Brauch beibehalten ließ, daß, wer glaubte, den Beschluß der Fraktion nicht vertreten zu können, ohne Aufsehen zu erregen, der Abstimmung fern bleiben konnte, also ohne Bruch der Disziplin seine ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen konnte.

Einheit und Geschlossenheit der Partei ist dringender denn je notwendig. Sie ist auf das größtmögliche von den neun Genossen verletzt worden. Genosse Graf hat nicht einmal für notwendig befunden, vorher die zuständige Parteiorganisation oder ihre Vertreter über seine beabsichtigte abweichende Abstimmung in Kenntnis zu setzen. Der Bezirksvorstand spricht deshalb dem Genossen Graf seine Mißbilligung aus.“

Palazzo, Palazzo!



Hitler in Venedig: „Palazzo an Palazzo. Die muß ich alle noch kaufen!“

Der Kronzeuge entlarvt!

Ein Schwerverbrecher fälscht für Kommunistenpresse Abgeordnetenbriefe.

Ein ungewöhnlich dreister Wahlswindel der Kommunistischen Partei fand am Donnerstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte seine gerichtliche Sühne. Am 15. August ließ das in Königsberg erscheinende kommunistische „Echo des Ostens“ eine wohlüberlegte Wahlbombe steigen. Das Kommunistenblatt behauptete, daß die Sozialdemokratie in Ostpreußen „Kollkommandos“ gegen den Stahlhelm aufgestellt habe. Nachdem deren Mitglieder Gefängnisstrafen erhalten hätten, habe die Sozialdemokratie die Verurteilten im Stich gelassen. Unter Königsberger Parteimitgliedern bezeichnete diese ganze Mitteilung als blanten Schwindel. Darauf veröffentlichte das „Echo des Ostens“, indem es seine Behauptungen wiederholte, im Wortlaut einen angeblichen Brief des Abgeordneten Kuttner an ein der angeblichen Opfer, einen gewissen Maschinenbautechniker Georg Doersam. Dieser gefälschte Brief sollte in seinem Inhalt eine blutige Verhöhnung des im Gefängnis sitzenden Doersam dar, so enthielt dieser angebliche Brief den Satz:

„Was das Exorzieren betrifft, so wird es gut sein, denn wenn Ihr den ganzen Tag sitzt, so ist dies doch zur Bewegung und Verdauung gut.“

Weiter heißt es in dem angeblichen Brief Kuttners: „Dann ist es doch auch nicht unsere Schuld, daß Du im Gefängnis bist. Warum läßt Du Dich mit den radikalen Kommissen ein.“

Dieser Brief Kuttners an Doersam war von A bis Z gefälscht. Kuttner hat einen derartigen Brief niemals geschrieben. Dies wurde im „Vorwärts“ festgestellt und dabei gleichzeitig die weitere Feststellung getroffen, daß Doersam, ein vielfach vorbestrafter Mensch, überhaupt nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen gemeiner Betrügereien im Königsberger Gefängnis gesessen hatte.

Anstatt den Schwindel einzugehen, bezichtigte nunmehr die Berliner „Rote Fahne“ den „Vorwärts“ in den größten Ausdrücken, Lügenmärchen zu verbreiten. Die „Rote Fahne“ behauptete, daß Doersam niemals vorbestraft sei, daß er fünfzehn Jahre lang Mitglied der SPD. gewesen sei, daß er wegen rein politischer Dinge inhaftiert gewesen sei usw. usw. In dem Artikel der „Roten Fahne“ hieß es wörtlich:

„Wir teilten bereits mit, daß Doersam die „Vorwärts“-Redaktion verklagt wird. Offensichtlich denkt die „Vorwärts“-Redaktion, daß ihre Wahlbombe ruhig weiter sinken könne, da ja der Prozeß erst nach den Wahlen stattfinden kann.“

Doersam hat die „Vorwärts“-Redaktion nie verklagt. Dagegen erstattete Genosse Kuttner gegen Doersam Strafanzeige wegen Urkundenfälschung und Verleumdung. Dieser Prozeß kam am Donnerstag zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Der Vorsitzende verlas zunächst das Verstrafenregister Doersams, der wegen weiter Entfernung vom persönlichen Erscheinen entbunden war. Aus diesem ging hervor, daß der Schlingling der „Roten Fahne“, von 1916 angefangen,

zehmal vorbestraft ist wegen Diebstahls, Rückfalldiebstahls, Betruges, Rückfallbetruges

und, was besonders interessant ist, dreimal wegen Urkundenfälschung. Weiter stellte der Vorsitzende fest, daß Doersam damals, als er den Brief von Kuttner erhalten haben will, nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen Rückfallbetruges und Rückfalldiebstahls eine sechsmonatige Gefängnisstrafe in Königsberg verbüßte. Dann wurde Doersams Aussage verlesen. Vor dem kommissarischen Richter hat der Angeklagte Doersam folgendes ausgesagt:

Der im „Echo des Ostens“ abgedruckte Brief Kuttners existiert nicht. Ich habe ihn vielmehr selber angefertigt.

Vor der Wahl bin ich mit dem Redakteur des „Echo“, Rosenbaum, in Verbindung getreten und habe ihm den angeblichen Brief Kuttners in Form einer „Abchrift“ unter Fortlassung der Unter-

schrift übergeben. Rosenbaum hat diese angebliche Abchrift ohne weiteres angenommen und nach dem Original nicht gefragt.

Der Nebenkläger Kuttner sagte als Zeuge unter Eid aus, daß er niemals einen derartigen hohnvollen Brief an Doersam geschrieben hat. Es sei auch ganz ausgeschlossen, daß er als Schriftsteller einen Brief mit soviel grammatikalischen Fehlern schreiben würde. Es handele sich hier um eine Wahlbombe, bei der die kommunistische Partei nicht davor zurückgeschreckt sei, einen gewerbmäßigen Verbrecher und Fälscher in ihren Dienst zu stellen. Es ist, führte Kuttner weiter aus, bezeichnend, daß die kommunistische Partei, nachdem sie hartnäckig ihren Fälscher als Ehrenmann verteidigt hat, ihm zu dieser Verhandlung nicht einmal einen Verteidiger gestellt hat!

Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung Doersam wegen öffentlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Von der Anklage der Urkundenfälschung sprach es ihn frei, weil die von Doersam gefälschte „Abchrift“ keine Urkunde im strafrechtlichen Sinne darstelle. Die Urteilsbegründung ist für die kommunistische Fälscherbande vernichtend. Der Vorsitzende führte aus:

„Es ist einwandfrei festgestellt, daß der dem Zeugen Kuttner zugeschobene Brief eine Fälschung ist zu ogulatorischen Wahlzwecken, die sich richten sollte gegen die SPD. und gegen den Zeugen Kuttner. Was die Art der Beleidigung anbetrifft, so sieht jeder, der auch nur die primitivsten Grundzüge von Anstand und Ehre besitzt, daß es sich hier um einen ganz infamen und gemeinen Angriff auf die Ehre eines Volksobertraters handelt. Der Angeklagte Doersam und seine kommunistischen Halbtiermänner haben nach dem Grundgesetz gehandelt. Verleumde nur immer wacker, es bleibt stets etwas hängen.“ Solche Taktik kann nicht hart genug gebrandmarkt werden. Es mußte deshalb zur Sühne und zur Abschreckung eine empfindliche Gefängnisstrafe verhängt werden.“

Wird die kommunistische Presse den Mut finden, dies Urteil ihren Lesern mitzuteilen?

Wegen der gleichen Fälschung wird sich auch noch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schneller zu verantworten haben, sobald der Reichstag seine Immunität aufgehoben hat. Schneller hat das „Echo des Ostens“ verantwortlich gezeichnet.

Der neue Konflikt Danzig-Polen.

Darstellung des Senats.

Die Behauptung in dem Rücktrittsgesuch des polnischen General-Kommissars Dr. Strahburger, daß die Sicherheit polnischer Staatsangehöriger in Danzig nicht gewährleistet sei, wird u. a. mit der Freisprechung (wegen Rotmeier) des Danziger Eisenbahners Bengieritz begründet, der den polnischen Eisenbahner Styrziski im Streit erschossen hat.

In einer Note an Strahburger vom 14. d. M. erklärt der Senat, daß die Staatsanwaltschaft das allein zulässige Rechtsmittel der Revision gegen das freisprechende Urteil vorsorglich eingelegt und ohne Wissen des Senats zurückgezogen hat. Da im Revisionsverfahren nur die Prozeßführung und die Gesetzanwendung sachgeprüft, an den Feststellungen des Schwurgerichts aber nicht gerüttelt werden kann, im Prozeß aber nicht die geringste Unobjektivität oder Gesetzesverletzung vorgekommen sei, erscheine die Zurückziehung jenes ausfichellosen Rechtsmittels als vollkommenes Gesetz und Recht entsprechend. Da aber die Revisionsverhandlung dazu beigezogen hätte, den letzten Rest von Mißtrauen gegen die Justiz in diesem Falle zu beseitigen, erklärt der Senat, daß ihm die Durchführung des Rechtsmittels willkommenen gewesen wäre.

Der Senat hat den Völkerbundskommissar Graf Gravinia über alle von Dr. Strahburger angeführten Fälle genau unterrichtet, worauf Gravinia nach Warschau gereist ist, um die Klärung der Angelegenheit zu betreiben.

Tory-Vorstoß abermals gescheitert.

Macdonald siegt mit 305 gegen 251 Stimmen.

Der konservative Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde 12,10 Uhr nachts mit 305 gegen 251 Stimmen abgelehnt.

Konrad Ludwig erkrankt.

Genosse Konrad Ludwig ist vor einiger Zeit ernstlich erkrankt. Leider hat sich sein Zustand so verschlimmert, daß er ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Wir hoffen, daß er bald völlig wiederhergestellt sein wird.

Deutsches Künstlertheater.

Lessings „Minna von Barnheim“.

Am Schluß des zweiten Aktes gab es großen heißen Beifall. Es sah so aus, als ob durch diese frische Inszenierung Schmasch und Freude am klassischen Theater neu belebt würden. Die Dorsch als Minna feierte Triumphe. Im Verlauf des letzten Aktes erlahmte aber das Interesse merklich, die Begeisterung für die ausgeführte Darstellung dagegen blieb unverändert. Das Ensemble — vor allem Käthe Dorsch und Matthias Wiemann — wurde noch vor den eisernen Vorhang gerufen.

Der.

WERTHEIM

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat

Zusendung von 5 M an Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch

Kalbskamm . . . Pfund 0.74
Kalbsbrust u. Rücken . . . Pfund 0.84
Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.80
Querrippe . . . Pfund 0.70
Schmorfleisch ohne Kn. . . Pfund 1.14
Roastbeef mit Knochen, Pfd. 0.98
Gehacktes . . . Pfund 0.75
Gulasch 0.90 Linsen 0.55
Schweinerücken . . . Pfund 0.66
Schweinekamm u. Blatt . . . Pfund 0.78
Schweineschinken 0.80
Kalbsschnitzel . . . Pfund 1.90
Kahler mild gesalzen, Pfund 0.94
Fr. Rinderzungen Pfd. 1.10
Fr. Bratwurst Spezialität Pfund 1.00
Hammel-Vorderfl. 0.94

Geflügel, Wild

Tauben frisch, Stück v. an 0.85
Hühner gefroren, Pfd. v. an 0.88
Hühner frisch, Pfund v. an 0.95
Brathühner frisch, Pfund v. an 1.10
Hirschblättern Pfund v. an 0.90
Frische Eier 10 Stück von an 0.68

Wurstwaren

Speck- u. Süzwurst 0.65
Dampfwurst Landfleisch u. Fleischw. 0.85
Brühpolnische und Wiener 1.04
Jagd- u. Mettwurst 1.10
Leberwurst feine u. Filetwurst 1.35
Teewurst 1.35 grobe 1.40
Speck fett v. an 0.68 mager 0.95
Schinkenspeck i. Stück Pfund 1.38
Nufschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfd. gesch., o. gesch., o. Sch., 1/2 Pf. 1.68
Gek. Schinken Sch., 1/2 Pf. 0.42

Käse u. Fett

Ramadou halbfett, Stück 0.18
Camembert Halbmond, Schacht. 8.25 0.20
Harzerkäse 1-Pfd.-Paket 0.35
Brie Käse vollfett . . . Pfund 0.68
Dän. Schweizer 1/2 Pfund 0.75
Holländer u. Edamer, vollfett, Pfund 0.82
Tilsiter vollfett, Pfd. von an 0.84
Schweizer bayr., vollfett, Pfund von an 1.12
Margarine . . . 2 Pfund 0.75
Tafelbutter Pfund 1.42 1.50
Markenbutter . . . 1.56
Dän. Butter . . . Pfund 1.60

Obst u. Gemüse

1/2 Dose
Junger Spinat 0.38
Brehbohnen I 0.54
Prinzebohnen extra fein . . . 1.65
Junge Erbsen 0.50 fein . . . 0.85
Karotten junge, extra kleine . . . 0.75
Kaiserschoten 1.15
Gem. Gemüse 0.60 mittelfein 0.84
Bruchspargel mittelstark . . . 1.55
Sellerie 0.60 Apfelmus 0.64
Birnen halbe Frucht 1.15
Aprikosen rheinische, halbe Frucht, 1/2 Dose 0.75 1.45
Würstchen Dose 3 Paar 0.85

Konfitüre 1/2 Elmer Ananas 1.40 Kirsch 1.20
Aprikos., Orange, Johannisb. 1.10 Erdbeer, Himbeer 1.30
Pflaumen 90 Pf.

Frisch gebr. Kaffee eigene Rösterei
Pfund 1.80 2.40 2.80 3.20 3.60

Tee-Mischungen eigene Packerei
Paket 125 Gr. 1.45 1.80 1.90 2.20 2.40

Obst u. Gemüse

Tafeläpfel kallt. 0.38 0.48
Amoreffenbirnen Pfd. 0.38
Zitronen Dutzend 0.32 0.38
Apfelsinen Dyd. 0.40 0.60
Bananen 3 Pfund 0.98
Möhren gewaschen 2 Pfd. 0.15
Weiß- u. Wirsingkohl 0.12
Rhabarber Bund ca. 2 Pfd. von an 0.38
Grüne Gurken von an 0.35
Spinat 2 Pfund 0.35
Salat 2 große Köpfe 0.35
Blumenkohl Kopf v. an 0.38
Malta-Kartoffeln 3 Pfd. 0.48

Kolonialwaren

Bruchreis Pfund 0.15
Tafelreis Pfund 0.28, 0.34 0.18
Kartoffelmehl . . . Pfund 0.18
Hartgrieß . . . Pfund 0.28 0.28
Eier-Schnitt-Nud. Pfund 0.46
Spaghetti Ital. Art. Pfund 0.65
Pflaumen Pfd. ohne Stein 0.28
Backobst gemischt, Pfund 0.25, 0.28 0.38
Birnen u. Pfirsiche Pfd. 0.55

Fische

Kabeljau u. Seelachs 0.12
gt. Fische, ohne Kopf, Pfd. v. an 0.18
Schellfisch Pfund von an 0.20
Kabeljaufillet Pfd. v. an 0.20
Fische Makrelen Pfd. 0.25
Bratschollen 3 Pfd. v. an 0.25
Zander calrossen, ganze Fische, Pfd. von an gefroren, ganze 0.30
Lachs Fische, Pfund von an 0.68
Karpfen u. Hechte lebende, Pfund von an 0.95
Lebende Aale Pfd. v. an 1.55
Bücklinge u. Flundam Pfund von an geräuch., L. Stück, Pfund von an 0.28
Seelachs u. Seehasen geräuch., v. an 0.32
Makrelen geräuch., v. an 0.38
Sprossen an 0.40 Kistch. 0.30

Wein

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas
Kirschwein sehr kräftig . . . 0.75
Malrank 0.80
1930 Bergzaberner Leiten 0.75
1927 Obermoseler 0.80
1930 Ingelheimer Rotwein 0.80
1928 Dittelsch. Klappberg 1.00
1928 Rudesheimer 1.50
1928 Macon Supérieur . . . 1.60
Johannisbeerwein v. Fay, Ltr. 0.70
Malckammerer v. Fay, Ltr. 0.80
und weitere 8 Sorten vom Fay billig

Zur Frühjahrspflanzung

nur Leipziger Straße

Buschrosen stark, Bund 3 St. v. an 0.70
Rankrosen stark St. v. an 0.40
Rosen I. Wahl, Mittelstamm, v. an 1.25
Rosen II. Wahl, Hochstamm, v. an 2.00
Wilder Wein 5 Stauden 3.00
Blüfensfauden winterhart, St. v. an 0.15
Dahlia in vielen Farben, St. v. an 0.35
Gladiolen 10 St. v. an 0.30
Begonien 10 St. v. an 0.45
Anemonen 10 St. v. an 0.45
Montbrefien 10 St. v. an 0.35
Steckwiebeln Pfund 0.40
Sämereien 4 Düfen 0.25
Grassamen Pfund v. an 0.65
Kakteen Topf von an 0.25

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 17. 4. Staats-Oper Unter d. Linden 228. A-V. 20 Uhr
Manon Lescaut Ende geg. 23 Uhr

Freitag, 17. 4. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II. 20 Uhr
Feuersant Josephslegende Ende n. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper im Platz der Republik. V-B. 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Schauspiel. (an Godeffr. Markt) 196 A-V. 20 Uhr
Der blaue Boll Ende 23 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzb. 20 Uhr. — Neuestinstudiert
Emilia Galotti Ende nach 22 1/2 Uhr

Winter Garten 8 15 Uhr. Zeitl. 2819. Rachen erlaubt.
Original Pariser CANCAN
Dayelma - Ballett
Rio Marimba Band usw.
Sonabend und Sonntags je 2 Vorstellungen 1 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

PLAZA Weichsel 6 7, 4031
Täglich 8, 8 1/2, Sonntags 2, 5, 8 1/2
Nachm. 50 Pf. bis 1 M, abds. 1 bis 2 M
Senin Glazeroffs
Gesangs- und Tanz-Revue
Merian Dogs, Barbers in May usw.

ROSE THEATER
Von Montag bis Freitag 8 1/2 Uhr
Sonabend 7 00 Uhr 10 15 Uhr
Sonn- tag 2 30 Uhr 5 45 Uhr 9 00 Uhr
Erstaufführung für Berlin
Die Sache, die sich Liebe nennt
(This thing called love)
Amerikanische Komödie von Edwin Burke
Regie: Paul Ross
„Eine splendide Aufführung mit vorzüglichem Ensemble“ (5-Uhr-Abend.)
„In Amerika vierhundertmal gespielt“ (Tempo)
„Donnernder Beifall“ (Vossische Zeitung)
Abendpreise v. 0.50—3 M
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn Strausberger Platz
4stägiger Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr und 4-9 Uhr
Tel. Bestelg.: Alex. 3424 u. 3404

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr: Im weißen Hosi. Stp. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise. Regie: Erik Charell

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Reichshallen-Theater
Dienst 5 Sonntag Nachm. 3 1/2
Stettiner Sä. ger
Das große April-Lach Programm!
Nachm. bedeutend ermäß. Preise!
Tel.: Merkur 1247
Dönhofs-Brettli:
Variété — Tanz — Konzert!

Kurflürstendamm-Theater Bismarck 449
8 1/2 Uhr
Alles Schwindel
von Marcel Schiller.
Musik von Mischa Spoliansky.
Regie: Stefan Erdosani
Barnowsky - Bühnen
Theater in der Strösemannstr.
Täglich 8 1/2
Geslern u. Heule
Schauspiel von Christa Winsloe
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Eine königliche Familie
Neues Theater
am Zoo
am Bahnh. Zoo. Stgl. 5554
Täglich 8 1/2 Uhr
Ueber 125 Mat.
Voruntersuchung
von Max Alaberg u
Otto Ernst Hesse

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8 Uhr
Zum 1. Mal Die Ehe
3 Akte u. 1 Vorspiel von Alfred Döblin
Musik: Carol Rathaus.
Regie: Karl Heinz Martin
Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Emilia Galotti
Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr
Der Barbier von Sevilla
Öhmann, Ahlers, Trautenhayn a. G. u. a. m.

Lustspielhaus Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner u. die Nonne von Kurt Götz
Komische Oper 8 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg Lucie Englisch, Westermeyer, E. J. Noebis, Posner
Theater im Admiralspalast Täglich 8 1/2 Uhr
Der lustige Krieg Öhmann, Ahlers, Trautenhayn a. G. u. a. m.

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr
Das Land des Lächelns. Preise 1—9 M.
Lessing-Theater Täglich 8 1/2 Uhr
Husarenlieber Gedio Thielscher, Kästner, Arnstadt, Vespermann
Metropol-Theater Täglich 8 1/2 Uhr
Das Veldchen v. Montmartre Operette v. Kalman
Gitta Alper, W. Waldemar o. B.

Invaliden-Unterstützungskasse der Steindruckerei und Lithographen zu Berlin
Generalversammlung
Freitag, den 24. April 1931, nachm. 3 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 25
Z Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Rechenbericht für 1930
a) Bericht des Verwaltungsausschusses.
b) Abnahme der Jahresrechnung.
2. Ergänzungsmittel zum Bestand.
3. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses.
4. Bericht des Vorstandes.
5. Bericht des Aufsichtsrates.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um rege Beteiligung dringend gebeten. Gemäß § 17 der Satzung ist jedes Mitglied der Invaliden-Unterstützungskasse berechtigt, an der Generalversammlung teilzunehmen.
Der Vorstand:
Sugo Albrecht, Vorsitzender.

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“ e. G. m. b. H.

Berlin-Mahlsdorf, Melanchthonstr. 65
Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		RM
Kassenbestand		401,79
Bankkonto 23 97	RM 37 001,35	
Bankkonto 44 49	2 788,73	
Bankkonto 434	4 313,00	
Bankkonto 21 79	73 785,67	118 089,77
Postcheckkonto 68 30		81,43
Grundstücke und Gebäude	RM 44 433,56	
Abschreibung	900,—	43 533,56
Mobilien		1 258,91
Materialbestand Teil 1 und 2		3 273,25
Außenstände, Holz, Kohlen, Düngemittel		309,—
Gehag-Beteiligung		36 000,—
Baudarlehen		7 991,63
Hinterlegung für Straßenbau		10 000,—
Resthaufgelder, Bauabschnitt 1—3, Debitoren		98 736,—
Ausstehende Hausinsen		6 745,76
Guthaben Volksfürsorge		87 384,30
Bauabschnitt VI, Auslagen		11 211,67
		395 071,24
Passiva		RM
Geschäftsanteile		29 041,—
Reservefonds		6 000,—
Ergänzungsrücklage		17 279,30
Garantierücklage		21 638,27
Rechnungsrücklage		19 004,83
Sturmfonds		3 788,73
Straßenbaufonds		37 001,35
Hauspargelder		10 198,32
Hypothekenschulden (Konsum)		18 109,58
Gehag-Beteiligung		15 100,—
Kreditoren (Mitglieder)		201 136,—
Hausinsen		15 410,—
Gewinn		2 264,64
		395 071,24

Gewinn- und Verlostreckung

Soll		RM
Wirtschaftskonto		2 313,19
Unkostenkonto		7 861,75
Abschreibung an Gebäude		900,—
Gewinn		2 264,04
		13 348,99
Haben		RM
Gewinnvortrag aus 1929		550,60
Wirtschaftskonto		3 170,—
Hauptpflicht und andere		4 728,48
Warenverbleib		2 563,51
Zinsenkonto		1 604,54
Drucksachenkonto		22,05
Hausinsen		609,73
		13 348,99

Mitgliederbewegung
Stand am 1. 1. 1930 727 Mitglieder
eingetreten 1930 15
ausgeschieden durch Aufkündigung 5
ausgeschieden durch Tod 3
Bestand am 31. 12. 1930 735 Mitglieder
mit 791 Anteilen
Die Haftsumme beträgt bei 791 Anteilen 3 RM 39 580,—
Berlin-Mahlsdorf, 24. Februar 1931.
Der Vorstand: Friedrich Graf, Max Behrendt.
Die Revisoren: W. Weber, G. Freyer, B. Taubert.

Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse 20. u. 21. April 1931

Preussisch-Süddeutsche
Staats-Lotterie
Hauptgewinne und Prämien
4 x 500 000
3 x 300 000
2 x 200 000
12 x 100 000
1/8 1/4 1/2 1/1 Dopp.-Los
5.- 10.- 20.- 40.- 80.-
Heinz
Staatliche Lotterie-Einnahme
BERLIN 8
Friedrichstraße 83
Postcheckkonto Berlin 40221

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 17. April, abends 7 Uhr,
Sitzung der Mitglieder-Verwaltung.

Achtung! Walzwerkerbeiter!
Sonntag, den 19. April,
vorm. 9 1/2 Uhr, im Verbandshaus,
Culmb. 83 85, Sitzungssaal, 2. Tr.
Vertrauensmänner-Konferenz
für die Branche der Walzwerk-,
Eisen- und Drahtkabel-, Papier-
und Panzer-Rech-Arbeiter und
-arbeiterinnen, sowie der Hütten-
industrie, Graphischen Platten-
fabrikation u. Bleichrohr-Arbeiter
Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenbericht.
2. Auswahlen.
3. Wahl der Brandenleitung.
Die Brandenleitung erwartet, daß alle
Funktionäre zu dieser Konferenz pünktlich
erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

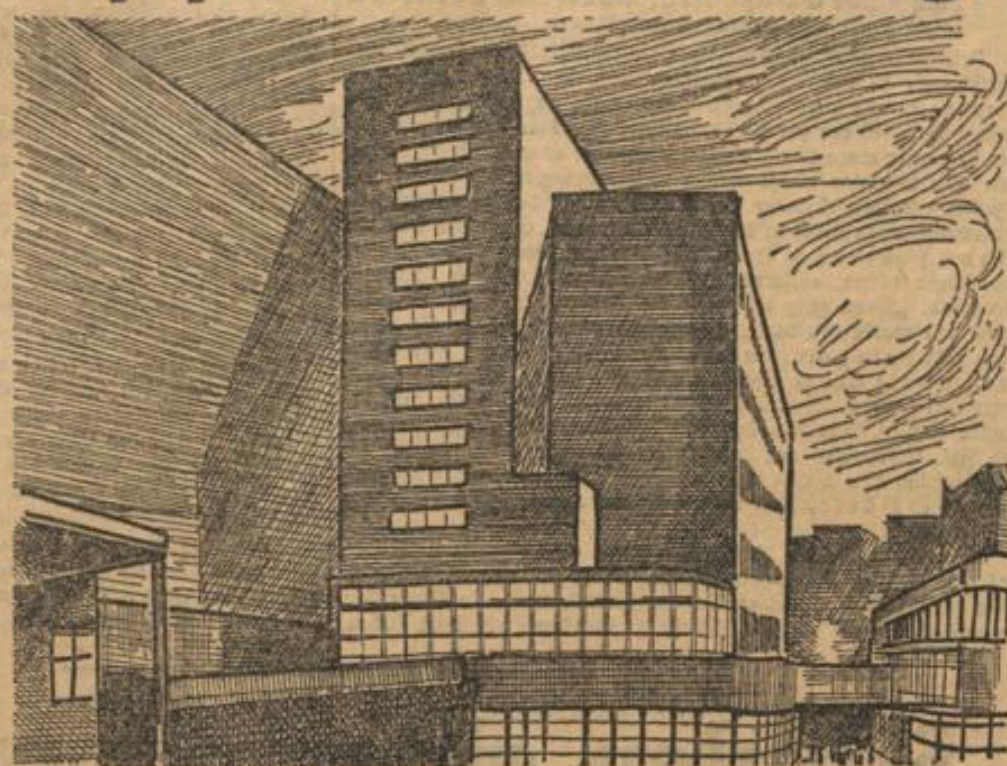
Bindfaden
Kordel, Packstricke, Pack-
n. Seidewapler, Pappen
Billige Einkaufsquelle
Karl Daub
514, Wallstraße 73 / Telefon:
F 7, Jannowitz 4514

Preuß. Süddeutsche Staats-Lotterie
am 20. und 21. April 1931
Erste Klasse Hauptgewinn:
4 x 500 000 RM 2 x 300 000 RM
2 x 200 000 RM 12 x 100 000 RM
Los- 1/8 1/4 1/2 1/1 Doppellose
preise 5.— 10.— 20.— 40.— 80.— RM
Hahn Staatl. Lotterio-
Einnehmer
Prinzenstraße 79 am Marktplatz
Postcheck Berlin 31 131

Dachpappen-Verkauf etc.
zu billigsten Fabrikpreisen
Theodor Seibel
Dachpappenfabrik, Leitungsanlagen
Berlin-Mariendorf
Prähstraße 26 / Tel. Südring 1312

Neues Hauptpostamt Schöneberg.

Zu den Großbauten, die die Reichspost in den letzten Jahren programmgemäß aufzuführen läßt, gehören nunmehr auch die Erweiterungsbauten des Hauptpostamtes in Schöneberg, die zum Teil schon am 1. Mai dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Diese Neubauten, nach dem Entwurf von Reg.-Baumeister Wagner, aus rotbraunen Klinkern, einfach und sachlich in der Ausführung, beherbergen eine ganze Anzahl von Ämtern: Das neue Selbstanschlußamt für den Bezirk des Fernsprechamtes Süd (G 4), zu dem die Vermittlungsstellen Südring, Stephan, Lichterfelde, Steglitz u. a. gehören. Das Postfuhramt im Erdgeschoß des 26 m hohen Hauptgebäudes, mit einer Akkumulatorenladestelle im angrenzenden einstöckigen Neubau und 100 elektrisch betriebenen Postautos, die in Kellergaragen mit reichlichem Oberlicht untergebracht sind. Die Telegraphenbauabteilung mit ihren Lagerräumen und die eigentlichen Postbetriebe. Ueber 3 Morgen weit erstrecken sich die Unterkellerräume. Schwierig gestalteten sich die Fundamentierungsarbeiten, denn die Gegend der Belziger Straße ist durch ihren unzuverlässigen Baugrund berüchtigt. Stellenweise mußte mit den Fundamenten bis zu 18 m Tiefe gelangen werden, daher auch die verhältnismäßig lange Bauzeit.



Von der Belziger Straße aus ist Ein- und Ausfahrt angelegt. Dachgärten und Kasinoräume stehen den Beamten zur Verfügung. Für spätere Zeit ist der vollständige Umbau des alten Postgebäudes in der Hauptstraße selbst geplant.

Sahm Sonntag in Berlin.

Das Märchen von der sozialdemokratischen Mehrheit im Magistrat.

Der neue Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Heinrich Sahm, der zur Zeit noch in Danzig weilt, wird am Sonntagvormittag in Berlin eintreffen. Er wird in der Dienstwohnung Leibnizstraße 105 wohnen, die schon sein Amtsvorgänger bewohnte und die Eigentum der Stadt Berlin ist. Die Vereidigung des Oberbürgermeisters und der anderen neuen Mitglieder des Magistrats wird nicht in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung, sondern voraussichtlich im Oberpräsidium erfolgen. In der Sitzung des Stadtparlamentes am Dienstag wird der Stadtverordnetenvorsteher die neuen Männer im Namen der Stadtvertretung begrüßen. Voraussichtlich wird der neue Oberbürgermeister mit einer kurzen Ansprache antworten.

Sofort nach der Arbeitsaufnahme durch den neuen Oberbürgermeister wird man an die neue Dezernatsverteilung im Magistrat herangehen. Rechtsstehende Berliner Zeitungen behaupten immer wieder, dieser neue Magistrat habe eine sozialdemokratische Mehrheit. Diese Behauptung ist eine glatte Erfindung, denn von 18 Mitgliedern des Magistrats sind 8 Sozialdemokraten. Bei den besetzten zwölf Stellen hat die Sozialdemokratie sechs Posten befehligt, nämlich Bürgermeister Lange, Stadtkämmerer Fisch und die Stadträte Czerninski, Reuter, Wuyt und Stadtschulrat Rydahl. Von den sechs unbesetzten Stadträten sind Ahrends und Ortmann Sozialdemokraten. Auf Sozialdemokraten stehen also zehn Anhänger anderer Parteien gegenüber. In dem Bestreben, trotz dieser Tatsache den Wählern eine sozialdemokratische Mehrheit vorzutäuschen geht ein Teil der Rechtspresse so weit, parteilose, aber bürgerlichen Parteien nahe stehende Mitglieder der Sozialdemokratie zuzuschanden. Der „Sozialanzeiger“ hatte Stadthaupt Hahn zum Sozialisten gestempelt. Weder Herr Hahn noch den Sozialdemokraten im Rathaus dürfte davon etwas bekannt geworden sein. Für die Rechtspresse aber gilt es Vorarbeit zu leisten, um später eventuell notwendig werdende unpopuläre Maßnahmen des Magistrats als Taten des „roten Magistrats“ hinstellen zu können.

Das eigene Kind erstikt?

Bestrafung der jugendlichen Eltern.

Unter der Beschuldigung, ihr drei Monate altes Töchterchen jahrelang geißelt zu haben, wurden ein 21 Jahre alter Arbeiter und seine erst 18 Jahre alte Ehefrau, die in Rudow wohnt, festgenommen.

Der Mann hat keine Beschäftigung, und das Paar, das erst kurze Zeit verheiratet ist, lebte mit dem kleinen Kind kümmerlich in einer Kellermwohnung. Die junge Mutter, die wohl nicht viel von Kinderpflege versteht, badete eines Abends das Töchterchen. Das kleine glitt ihr aus den Händen und schlugte so tief Wasser, daß es kaum noch atmete. Die Eltern legten das Kind, nachdem es sich erholt hatte, zwischen sich in das Bett. Am Morgen war das kleine tot. Gerüchte tauchten bald auf, daß die Eltern das Töchterchen ertränkt hätten. Die Sektion der Leiche, die beschlagnahmt worden war, ergab aber, daß der Tod durch Ersticken eingetreten ist. Die Kriminalpolizei in Rudow hat das Elternpaar jetzt festgenommen.

Wieder ein Lehrling vermißt.

Seit dem 29. März d. J. wird der Schlosserlehrling Herbert Dörflich vermißt, der am 17. Januar 1913 geboren ist und bei seiner Mutter in der Emler Straße 125 in Reußlin wohnte. Der

junge Mann war in einer Maschinenfabrik in der Söhnstraße in Reußlin angestellt und gehörte einem Fußballklub an. Es scheint, daß er in der letzten Zeit in schlechte Gesellschaft geraten ist. Am 29. März ging er nachmittags gegen 2 Uhr aus der Wohnung fort und hat seitdem nichts von sich hören lassen. Mitteilungen über den Verbleib des Verschwindenden erbittet die Vermittlungsstelle im Polizeipräsidium.

Beim Paddeln ertrunken.

Zwei junge Männer ums Leben gekommen.

Düsseldorf, 16. April. Am Mittwochabend segelerte auf dem Rhein unterhalb der Schnellenburg ein Kanu. Die beiden Insassen, zwei junge Männer aus Düsseldorf, ertranken. Die beiden jungen Leute hatten das Kanu aus dem Bootshaus des Düsseldorfer Kanuklubs entwendet und damit eine Schwarzfahrt angetreten, die ihnen zum Verhängnis wurde.

Al Capone's Konkurrent ermordet.

Beim Kartenspiel in einem Brooklyner Restaurant ist der Unterweltführer Masseria ermordet worden. Masseria war nach Al Capone der am meisten gefürchtete und berüchtigte Verbrecher, der an der Spitze der New-Yorker sizilianischen Mafia stand.

Tenzanky J. Zeno
Die fliegende Familie
Geschichte eines Schicksals
Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

Mister Fred empfing diese ungewohnte Ehrung anfangs mit Mißtrauen. Er verneigte sich, zwang seine vom Schnaps angewiderten Lippen zu einem Lächeln und warf von den Spitzen seines Kaiser-Wilhelm-Bartees immer neue Kufhände in den Raum. Fast schien es, daß ein mildes Aufleuchten seine Augen erhellte. War das der Widerschein einer einträglichen und glänzenderen Vergangenheit? Regten sich vielleicht die letzten Reste eines einst großen Künstlergeistes in ihm? Mister Fred fühlte inständig die Notwendigkeit, sich diesen wackeren Leuten gegenüber dankbar zu erweisen. Das Leben im Handstand war in seinem Programm enthalten. Zuerst um die Straße, dann zwischen zwei Stühlen, dann folgte das Aufheben dreier Weingläser vom Boden — alles im Handstand. Außerdem zwei Salto nach vorn unter Zuhilfenahme der Hände und einer nach rückwärts, frei ohne Stütze, mit dem die kommende Gefahr bezeichnend schrillen Ruf „Hoppla!“ Nun folgte das Stemmen, Schwingen und Drehen eines an einem Gurt befestigten vollen Bierfasses mit den Zähnen. Mister Fred nahm an Stelle dreier Weingläser vier von der Tasse, die ihm der Affenmensch überreichte, der, als Clown maskiert, Mister Freds edle Bewegungen plump und lächerlich nachahmte. Mister Fred überlegte, ob er beim Salto nach rückwärts seinen alten, erschwerenden Kunstgriff anwenden sollte. Der Ruf „Hoppla!“ sollte während der Drehung durch die Luft durch ein Klatschen auf die Fußsohlen ertönen. Dies war zwar weniger wirkungsvoll, weil weniger lärmend. Aber zeigte der frühere Beifall nicht, daß einige kunstverständigen Augen der schwierigen Vorführung folgen würden? So dachte Mister Fred. Oder sollten die vier genehmigten Schnäpse diese unüberlegte Hartnäckigkeit hervorgerufen haben? Als nun Mister Fred nach Aufheben der drei vorgeschriebenen Gläser auch das vierte zwischen die beiden Stühle stellte, flüsterten seine Muskeln seinem Gehirne zu, daß es diesmal erheblich schwerer sei, die Gläser zu erfassen, und daß er die Vorführung nicht unnötig erschweren sollte.

Aber der Beifall hat oft unberechenbare Folgen. Je weniger er begründet ist, um so anreizender wirkt er. Daher entschloß sich Mister Fred, durch den Beifall angepornt, zum gefährlicheren Sohlenklatschen und nicht zum „Hoppla!“, welches ihm seine Muskeln anboten. Er war schon über seinen ersten Handsalto hinaus. Da öffnete sich die Tür der Wirtsstube, blieb eine Zeitlang halb offen, und der November blies seinen kalten Atem in das rauchige Zimmer. Dann sah ein gestiefeltes, in den besten Jahren stehendes Individuum in die Stube und rief nach hinten seinem Gefährten einige Worte zu. Sie bestaunten zuerst das ungewohnte Schauspiel, aber der ältere würdigste Mister Fred faum eines Blickes und wollte gleich in die rückwärtige Stube treten. „Bleiben wir“, sagte der jüngere von den beiden. Da blieb auch der ältere einen Augenblick stehen. Mister Fred hatte inzwischen seine Salto beendet und ging nun an das letzte, Schwerste. Er keuchte und blähte traumverloren um sich. Dieses Keuchen maskierte Mister Fred schon lange nicht mehr mit dem gewohnten, ungerimten Lächeln, das man ihm schon im zarten Kindesalter bei seinen Vorführungen eingepflicht hatte. Er spielte schon längst vor solchen Augen, vor denen er mit der Schwierigkeit seiner Leistungen prahlen mußte, und so hob er die Wichtigkeit seiner Aufgabe durch bezeichnendes Keuchen hervor. Nein, Mister Fred zwang heute das alte klebrige Lächeln auf sein Gesicht, sich für einige Minuten in seine gefeierte Vergangenheit zurückverlehend. So ging er an die Ausführung seiner letzten Nummer. O weh! Armer, ausgehungertes, durch die Jahre zermürbter und abgenutzter Mister Fred! Als er nach einem Anlauf mit zurückgeworfenem Kopf in die Höhe schnellte, verließ ihn seine Spannkraft. Er stürzte seitwärts nieder und konnte nicht einmal mehr den in solchen Fällen üblichen Rücksprung ausführen, der den Mißerfolg verdecken soll. Er fiel schwer auf die eine Gesichtshälfte, gerade an einer Konte des Podiums aufsprallend. Sein Nacken knickte ein und er stöhnte jämmerlich vor Schmerz. Er stützte sich einige Minuten mit schwindelndem Kopf auf das eine Knie und taumelte dann schwerfällig und elend hinter den schlängelnden Vorhang. Das hochgeschätzte Publikum äußerte seine Anteilnahme je nach Veranlagung durch Zeichen des Mitgeföhls oder durch rohes Gelächter, aber zwischen durch hörte man auch murrende Laute. Der beifallspendende Kopfbedeckte verlangte drohend für sein Geld die Vorführung der Nummer. Vor dem Veinentuch erschien der Gaukler mit der Affenfräse. In schauerhaftem Dialekt, ergänzt durch Mimik und weit ausholende Gesten, erklärte er, daß Mister Fred, der größte

Der teure Umsteiger.

Endlich Verbilligung des Umsteigers zur S-Bahn?

Als ein besonderes Uebel des zur Zeit bei den städtischen Verkehrsmitteln geltenden Verkehrstarifes erscheint dem Publikum der hohe Preis des Umsteigers zur Stadt- und Ringbahn, der augenblicklich 40 Pf. beträgt. In den letzten Tagen haben zwischen der Reichsbahndirektion Berlin und der BVB. wieder Verhandlungen stattgefunden, die sich mit einer Herabsetzung des Umsteigerpreises beschäftigen. Die Berliner Reichsbahndirektion scheint bereit, eine Herabsetzung des Preises um 5 Pf. vorzunehmen. Die BVB. aber hat noch nicht gesprochen.

Wie der „Vorwärts“ erzählt, hat sich auch Stadtrat Reuter bereits vor längerer Zeit für eine Verbilligung dieses Umsteigers eingesetzt. Der verantwortliche Leiter der Berliner Verkehrspolitik strebt bekanntlich seit langem eine engere Tarifgemeinschaft mit der S-Bahn an, um die Vorteile der Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs voll zur Auswirkung kommen zu lassen. Wir haben diesen Gedanken stets unterstützt und wir haben auch den Vorschlag Dr. Giese in seinem Gutachten über die Verkehrs- und Tarifgestaltung begrüßt, wonach der Umsteiger auch zur Stadtbahn nur 30 Pfennig kosten soll. Scheinbar

Ukrobat aller Zeiten, das wichtigste Hilfsmittel seiner Kunst vielleicht für ewige Zeiten eingebüßt habe. „Mein Gott, mein Gott!“ jammerte er. „Mister Fred hat bei diesem Unglücksfall einen Augenjahr verloren! Ich bitte also die hochverehrten Anwesenden um Nachsicht, wenn ich mir gestatte vorzuschlagen, daß es nur recht und billig wäre, für den verunglückten Artisten eine kleine Sammlung zu veranstalten. Es ist nicht nötig, nur Kreuzer zu geben, wir nehmen auch Gulden.“ So sprach Mister Tom, der Mann mit der Affenfräse. Er nahm seine spitze Mütze ab und wollte gleich seinen Rundgang antreten. Der drollige Vortrag Mister Toms zerstreute zum Teil die schon aufsteigende Unzufriedenheit. Der Kopfäuscher schrie: „Hört! Hört!“ bis Mister Tom auf das Geld zu sprechen kam. Damit verdarb er wieder alles. Allgemeines Murren, Zischen, Schimpfen und Flüchen entstand. Plötzlich mischte sich der ältere von den zuletzt gekommenen in energischem und befehlendem Ton in die Sache: „Aber Leute, schämt euch, was verlangt ihr von diesem Unglücklichen für die paar Kreuzer?“ Und um ein gutes Beispiel zu geben, griff er in die Tasche und gab eine Kleinigkeit in die Mütze des Gauklers. Dieser schludte die Münze, zog sie dann aus der Nase hervor mit der Begründung, daß sein Magen sie nicht vertrage, weil sie falsch sei, und warf sie dann in die Menge, um sie schließlich in der Schürzentasche eines frommen alten Weibchens wiederzufinden. Der darauf folgende Beifall stellte den Frieden bis zum Schluß der fidele Pantomime, dem Ende der Vorstellung, wieder her.

Zweites Kapitel.
berichtet von einem seltsamen Wiedersehen, das jedoch vorläufig einseitig ist.

Der ältere, städtisch gekleidete Mann war der Oberlehrer des Dorfes. Sein Begleiter war der Hilfsnotar. Die drei Genaiter debattierten — schon ziemlich angeheitert — über Ursachen und Wirkungen des früh eintretenden Frostes, über die Streubringung, die Hamsterwanderungen; als sie jedoch die zwei Ankömmlinge erblickten, schoben sie ihnen am langen, eigentümlich für Hochzeiten bestimmten Tisch lärmend zwei Stühle zurecht. Der Lehrer und sein Begleiter begrüßten die Bauern, bestellten einen Liter Wein, und nun ging das Gespräch über Frost, Streu und Hamsterwanderung weiter. Inzwischen wurde draußen die abschließende Pantomime zu Ende gespielt, und die große Stube leerte sich vom geschätzten Publikum mit Ausnahme des Kopfäuschers. (Fortsetzung folgt.)

Ist Stadtrat Reuter mit seiner Ansicht über die Notwendigkeit einer Verbilligung dieses Umsteigerpreises im Ausschussrat nicht durchgedrungen. Es wäre nun aber an der Zeit, daß der Ausschussrat der BSB. noch einmal gründlich und ernsthaft prüft, ob man der Berliner Bevölkerung nicht wenigstens diese kleine materielle Erleichterung bereiten kann.

Waffenschlebung lohnte sich.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen für die Schieber.

Der Waffenschleberprozeß Hoppe u. Gen. hat die Erwartungen der Öffentlichkeit enttäuscht. Die politische Zugehörigkeit des Hauptangeklagten Hoppe zur NSDAP. ließ mit Recht vermuten, daß die Waffen nicht nur an neutrale Stellen verschoben, sondern auch, wenigstens zu einem Teil, in die geheimen Arsenale der Nazis geflossen sind. Kriminalkommissar Mühlfriedel von der Abt. IA hat aber auf die Frage des Vorsitzenden mit aller Entschiedenheit betont, daß alle Bemühungen, in dieser Richtung positive Feststellungen zu treffen, ergebnislos geblieben seien; es handle sich in diesem Falle um eine reine Waffenschlebung um des Profits willen, die mit politischen Dingen nichts zu tun habe. Das glaubte auch der Staatsanwalt in seinem Plädoyer feststellen zu können. Hoffen wir, daß dem wirklich so ist!

Kriminalkommissar Mühlfriedel strafe im übrigen die Angeklagten Hoppe, Reimer und Baetel lägen; es sei auf sie absolut kein Druck ausgeübt worden, sie hätten ihre Geständnisse aus freien Stücken abgelegt. Aus bei Hoppe gefundenen Briefschaften ging übrigens mit aller Deutlichkeit hervor, daß eine Lieferung von 1200 Maschinengewehrschließern stattgefunden haben muß. Man schob also im großen. In welcher Weise der Angeklagte Baetel, der anfangs erklärt hatte, 500 bis 600 Maschinengewehrschließern an Reimer verkauft zu haben, die „Bare“ aus dem Zeugamt hinausgeschmuggelt hat — später behauptete er ja, daß es nur 25 Schließern gewesen seien, die er im Walde gefunden habe —, konnte nicht festgestellt werden. Die Sachverständigen des Reichswehrministeriums waren der Ansicht, daß bei der Menge Kriegsgerät, das in den Spandauer Werkstätten zwecks Reparaturen aus den verschiedensten Heeresstellen zusammenströmten, eine Kontrolle bis jetzt unmöglich gewesen sei. Vielleicht würde das mal möglich werden. Nach dem Bekanntwerden der in diesem Falle aufgedeckten Schieberungen seien strengere Kontrollmaßnahmen durchgeführt worden. Fest steht unter allen Umständen, daß mit Ausnahme zweier sämtliche 128 beim Angeklagten Hoppe gefundenen Maschinengewehrschließern das Einstrichzeichen trugen, also von Heeresbeständen stammen. Die Kontrollzustände in den Spandauer Werkstätten müssen demnach tatsächlich viel zu wünschen übrig lassen.

Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung der angeklagten Polizeisekretäre Mazank und Wille sowie des Unterwachtmeisters Heinrich, dagegen Verurteilung des Gastwirts Hoppe wegen verbotenen Schusswaffenhandels und wegen Besitzes eines Munitions- und Waffenlagers zu neun Monaten Gefängnis, Verurteilung des Angeklagten Reimers wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei in Lateinisch mit Vergehen gegen die Bestimmungen über Heeresgut zu einem Jahr Zuchthaus und des Angeklagten Baetel zu neun Monaten Gefängnis sowie des argentinischen Staatsbürgers Hochhaus, der die Maschinengewehrschließern an die türkische Regierung verkauft hat, zu sechs Monaten Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten, den früheren Gastwirt und nationalsozialistischen Parteigänger Hoppe, wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu sechs Monaten Gefängnis. Gegen den Vorhandwerker Baetel vom Zeugamt Spandau wurde wegen fortgesetzten Diebstahls gleichfalls auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten erkannt, während der technische Polizeisekretär Reimers wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei zu der gefängnis Rindestrafen von einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde. Die übrigen vier Angeklagten Heinrich, Mazank, Wille und Hochhaus wurden freigesprochen.

7305 Todesopfer des Verkehrs.

Über 185000 Gesamttopfer in einem Jahre.

London, 16. April.

Das Innenministerium gibt bekannt, daß in Großbritannien im Jahre 1930 bei 156 793 (im Vorjahre 151 801) Verkehrsunfällen 7305 (6696) Personen getötet und 177 895 (170 917) Personen verletzt worden sind.

Unfall im Zirkus Busch.

Während der gestrigen Abendvorstellung ereignete sich im Zirkusvariété Busch ein bedauerlicher Unfall. Gegen 21 Uhr produzierte sich in der Arena eine Seiltänzergruppe. Im Verlauf der Darbietungen stürzte die 40jährige Artistin Leonora Schinke aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe und erlitt einen schweren Schlüsselbeinbruch. Die Verunglückte mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Blinde Passagiere . . .

Auf dem Schlesienschen Bahnhof wurden gestern zwei junge Polen festgenommen, die von Warschau bis Berlin die Fahrt auf der Achse des D-Zuges Warschau-Berlin mitgemacht hatten. Es sind zwei junge Burshen, ein 23jähriger Feliz Jasniak und ein 20jähriger Josef Frankowski; beide stammen aus Warschau. Jasniak wurde 1908 in Berlin geboren, ist aber in Polen groß geworden. Die blinden Passagiere, die, durch die Strapazen völlig entkräftet, unter dem D-Zug-Wagen hervorgeholt wurden, werden sich zu all ihrer Pein noch vor dem Schnellrichter wegen Fahrgerechens zu verantworten haben.

Zweiggespräch junger Menschen im Rundfunk über „Erwerbslose Jugend“. Am Freitag, 17.30 Uhr, spricht in der Jugendstunde Erich Dillenbauer in Fortsetzung der Vortragsreihe „Die Lage der Jugend in Groß-Berlin“ mit zwei Jugendlichen über das Thema „Erwerbslose Jugend“. Der Vortragende behandelt die Bedeutung der Erwerbslosigkeit für die Jugend und wird davon ausgehen, wie groß die Erwerbslosigkeit der Jugendlichen zur Zeit in Berlin ist. Ferner wird der Vortragende mit den beiden Jugendlichen besprechen, welche Einrichtungen zur Fürsorge erwerbsloser Jugendlichen geschaffen worden sind, welche Erfahrungen die Jugendlichen selbst dabei gemacht haben und welche Einrichtungen gegebenenfalls noch zu schaffen wären.

„Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat.“ Genosse Dr. Kurt Löwenstein spricht am kommenden Sonnabend, 19.30 Uhr, im Rahmen der Freien Sozialistischen Hochschule im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße 3, über das Thema: „Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat“. Eintrittskarten sind zum Preise von 50 Pf. (einschließlich Garderobe) u. a. zu haben bei der Buchhandlung J. H. W. Dieck, Lindenstr. 2, bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Mohlrtr. 65 und an der Abendkasse.

Die dem Wüstling entkamen . . .

Weitere Zeugenaussagen im Kürten-Prozeß.

Düsseldorf, 16. April 1931.

Nach der Mittagspause wurden 10 Zeugen über die Mordverbrechen Goldhausen, Mantel und Kornblum in der Nacht zum 31. August vernommen.

Frl. Goldhausen, ein 18jähriges kräftiges Mädchen erzählt ausführlich, wie sie mit ihrer Freundin von der Bierensfelder Kirmees den Heimweg zur Gumbert-Strasse angetreten habe. Sie verabschiedete sich vor der Wohnung ihrer Freundin von dieser, nachdem sie vorher einen Mann bemerkt hatte, der aber vorübergegangen war. Sie war nur einige Häuser weitergegangen, als sie an dem inzwischen stehengebliebenen Mann vorbeimühte, der ihr plötzlich und unvermütet einen Stich in den Magen verfehlte. Sie schrie laut um Hilfe und schellte an dem Hause. Als daraufhin Leute an die Fenster und Türen kamen, entfernte sich der Mann schnell in Richtung Bierensfeld. „Dann ging ich“, fuhr die Zeugin fort, „zur Freundin zurück und wurde von dort ins Krankenhaus gebracht, wo ich über vier Monate gelegen habe. Der Stich ist durch den Magen und die Leber gegangen. Frl. Goldhausen leidet heute noch unter den Folgen. Den Täter hat sie in der Dunkelheit nicht erkennen können. Der Staatsanwalt legt Wert auf die Feststellung, daß Frl. Goldhausen nur dadurch getötet worden ist, daß sich im Krankenhaus ein Arbeiter zu einer Blutübertragung bereit erklärte, sonst wäre auch dieser Ueberfall Kürten tödlich verlaufen.“

Die nächste Zeugin ist die überfallene 33jährige Frau Mantel, die um 2 1/2 Uhr nachts aus der Stadt zu ihrer Wohnung in Eller zurückkehrte. In einer Selterwasserbude stand ein Mann, der sie beobachtete und über die Straße herüberkam. „Er blieb stehen.

Ich wollte aber nicht an dem Mann vorbeigehen, um nicht angesprochen zu werden und ging deshalb auf die linke Seite hinüber. Er ging rechts weiter. In der Nähe von Heimgärten verlor ich den Mann aus den Augen. Ich nahm an, daß er in diesen Häusern wohnte. Er war mir aber gefolgt und sprach mich plötzlich an. Ich gab keine Antwort und ging weiter. Dann verspürte ich mehrere Schläge, vielleicht insgesamt drei. Als ich Blut bemerkte, fühlte ich, daß ich gestochen war. Ich rief laut um Hilfe, und als gleich ein Nachtmäher erschien, lief Kürten zu den Schrebergärten herunter. Der dann vernommene Nachtmäher hörte, als er seinen Rundgang machte, plötzlich Hilferufe. Er eilte sofort in der Richtung, in der der Täter geflüchtet war, ihm nach, konnte ihn aber nicht entdecken, obwohl sich eine Schupostrafe an der Suche beteiligte. Später stellte er einen Mann, mit dem er sich unterhielt, ließ ihn aber dann wieder laufen. Zu seinem Erstaunen bemerkte er später, daß es sich um Kürten handelte. Kürten bestreitet das aber. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung.

Der 23jährige Kornblum befand sich in der fraglichen Nacht auf dem Heimwege von der Sitzung eines Sportvereins. In der Nähe der Schrebergärten wurde er plötzlich von jemandem gestoßen, merkte den Stich aber erst, als er sich auf einem Kirmesplatz befand, den er auf dem Heimwege passieren mußte. Seine Verletzung war nicht ernstlicher Natur. Er war drei Wochen in ärztlicher Behandlung und spürt keine Folgen mehr.

Der letzte Zeuge des Donnerstag ist Oberarzt Dr. Stahl, der ausführlich über die schweren Verletzungen der Goldhausen berichtet. Der Stich ging dicht am Herzen vorbei.

Die Verhandlung wird dann auf Freitag verlagert.

Schulen einer neuen Zeit.

Berlin erhält die modernste Schule Deutschlands.

Auf Anregung des sozialdemokratischen Stadtschulrates Rydahl beschäftigt sich die Deputation für Fach- und Berufsschulwesen zur Zeit mit einem interessanten Projekt. Kommen die zur Beratung stehenden Pläne zur Ausführung, so wird Berlin die modernste Schule Deutschlands erhalten.

Der vor zwei Jahren in Berlin abgehaltene Kellamkongress zeigte, daß eine eingehende und gründliche Berufsausbildung der Kellamfachmänner dringend notwendig ist. Drei große Organisationen des Kellamwesens traten deshalb an die Schulverwaltung mit dem Gedanken, eine besondere Berufsschule für Kellamwesen ins Leben zu rufen, heran. Stadtschulrat Rydahl, der sich seit langem mit dem Gedanken der sachmännlichen Ausbildung des Berufskellamfachmannes beschäftigt hatte, unterstützte die Wünsche der Verbände. Bei der neuen Schule würde es sich nicht allein um eine Ausbildung im graphischen Gewerbe, sondern zugleich auch um eine technisch-künstlerische Ausbildung auf dem Gebiete der Architektur und der Malerei, sowie Vertrautmachung mit der betriebswirtschaftlichen Seite handeln.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, arbeitet die Schulverwaltung bereits sehr intensiv an den neuen Lehrplänen und trägt sich mit der Absicht, wenn möglich schon im Herbst dieses Jahres, spätestens im Frühjahr nächsten Jahres die neue Fachschule für das Kellamwesen zu errichten. Damit würde Berlin mit diesem völlig neuen Schultyp die modernste Schule Deutschlands erhalten.

Die gläserne Schule.

In Lübeck wurde mit der Volksschule „Am Klosterhof“ ein neuartiger Schulbau fertiggestellt, der Einrichtungen aufweist, wie sie bisher noch keine deutsche Schule besitzt. So sind zum Beispiel die Wände, die die langen Mittelgänge von den Klassenzimmern trennen, durch Glasschranke ersetzt, die das Licht aus den Klassenzimmern auf den Gang durchlassen. Die Schranke dienen zur Aufnahme von Lehrmitteln und Schülerarbeiten. In den Fluren sind Trinkbrunnen für die Kinder angebracht, der Flur im Erdgeschoß erweitert sich an einem Ende zu einer „Mischküche“, in der den Kindern ein warmes Mischfrühstück verabreicht wird. Die Klassenzimmer besitzen an Stelle der bisher üblichen Einzel Fenster vollkommen verglaste Fensterwände; in jedem Klassenzimmer ist außerdem eine Tischgelegenheit eingebaut. Im Physiksaal hat jeder Schüler Gas-, Strom- und Wasseranschluß an seinem Tische. Für den Erdkundeunterricht besitzt die Schule eine Sternkammer, in der der Lauf der Gestirne durch Lichtprojektion dargestellt werden kann, und ein begehbares Himmelsgewölbe aus Eisenkonstruktion, das die Einteilung des Weltraums darstellt. Neben der Turnhalle ist noch ein besonderer Gymnastikraum vorhanden. Ein Gemächshaus ermöglicht den Schülern, zu jeder Jahreszeit Pflanzen anzuzüchten.

Chrab Schneider!

Die Verleumder des Stadtschulrats verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Reumann hat gestern die Verleumder des Stadtschulrats Genossen Rydahl verurteilt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wurde der üblen Nachrede für schuldig befunden und ihr verantwortlicher Redakteur Dr. Retternich zu vierhundert Mark Geldstrafe verurteilt, im Nichtbeitragsfall zu 10 Tagen Gefängnis. Dagegen wurde der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ Otto Wilde wegen der erheblich größeren Form der Verleumdungen zu achthundert Mark Geldstrafe bzw. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Darüber hinaus wurde dem Genossen Rydahl das Recht zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils in der „Deutschen Tageszeitung“, der „Roten Fahne“, dem „Vorwärts“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ zu publizieren. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurden die letzten Zeugen zur beabsichtigten Verpöchtung eines Grundstücks in Bfchofsmerda bei Liebenwalde vernommen. Die Aussagen ergaben nur die völlige Haltlosigkeit der Behauptung, Genosse Rydahl hätte bei der Verpöchtung 3000 M. Bracklon erhalten sollen. Damit war die letzte Verleumdung zerplatzt.

Dann sprach Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fischer. Er betonte, daß der Wahrheitsbeweis in jeder Beziehung möglich ist. Wie

Behauptungen der Angeklagten haben sich in ein Nichts aufgelöst. Nicht der Schatten eines Beweises sei dafür erbracht, daß Rydahl etwas von den Verleumdungen des Stadtschulinspektors Borchardt gewußt hat. Die Zeugen haben vielmehr betont, daß sich Rydahl bei seinen Vorträgen im Amt einer mustergültigen Objektivität befleißigt hat. Wegen der Schwere der Beleidigungen beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen die „Deutsche Tageszeitung“ eine Geldstrafe von 800 M.; gegen die „Rote Fahne“ von 1200 M.

Genosse Dr. Landsberg als Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Stadtschulrats Rydahl schloß sich bezüglich des Strafmaßes den Anträgen des Staatsanwalts an, obwohl 800 bzw. 1200 Mark Geldstrafe angeht die ungeheuren Schwere der Beleidigungen ein mildes Urteil wären. Die Chrabtschneidung politischer Gegner müsse empfindlich verurteilt werden. Nach halbstündiger Beratung wurde das eingangs erwähnte Urteil verkündet.

In der Urteilsverurteilung heißt es: Es kam nicht darauf an, was dritte Leute über Rydahl redeten, sondern was Rydahl getan hat. Von einer Parteiwirtschaft könne keine Rede sein, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der von Rydahl beforderten Beamten waren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Städtisches Volkskonzert des Sinfonieorchesters.

In einem vom Bezirksamt Treptow veranstalteten Volkskonzert dirigierte Ernst Gwald Gebert das Berliner Sinfonieorchester, mit dem er im Rahmen eines „Romantischen Abends“ nach einer klar aufgebauten und glänzend gespielten Wiedergabe der V. Sinfonie von Tschaikowsky, Mendelssohns Ruft zum „Sommerabendstraum“ und als ausgezeichneten Abschluß den Donauwalzer von Strauß zum Vortrag brachte. Solist des Abends war der erste Konzertmeister des Orchesters, Alfred Indig, der klavierschön und technisch vollendet das Violinkonzert von Mendelssohn spielte. Das Publikum bewahrte bis zum Schluß volle Aufmerksamkeit und Anteilnahme.

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die verlassenen Winkel des Altberlins veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der Leitung Genosse Pomberegers am Sonnabend, dem 18. April. Treffpunkt 10 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt. Auszug Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

Frank Palmstein, Montenegro, die Bergamasca, Cosenza, Serbien nach Südwesten lautet das Thema des Vortrages, den Herr Kurt Girschke unter Beiführung zahlreicher Lichtbilder nach eigenen Aufnahmen am Mittwoch, dem 22. April, 20 Uhr, im Verein von Freunden der Treptow-Strawprieis hält. Gölle haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.



Der Spiegel lügt nicht . . .

rückhaltlos sagt er, was an Körper- und Nervenpflege vernachlässigt wurde. Schönheit und Nervosität vertragen sich nun mal nicht miteinander. Wer seinen Nerven Zumutungen stellt, die über ihre Leistungsfähigkeit hinausgehen, dem zeichnen sie leicht die Quittung ins Gesicht. Zur Schönheitspflege gehört Nervenpflege. Meiden Sie das Genußgift Coffein. Schonen Sie Herz und Nerven durch Kaffee Hag, den vorzüglichen echten Bohnenkaffee ohne Coffein. Schönheit, Genuß und Gesundheit durch Kaffee Hag.

Der französische Krupp in Polen.

Der Bahnbau von Oberschlesien nach Gdingen.

Unter dem Namen „Compagnie Franco-Polonaise de Chemins de Fer“ (französisch-Polnische Eisenbahngesellschaft) wurde dieser Tage in Paris ein neues Unternehmen gegründet. Der Gründung kommt trotz des nur geringen Anfangskapitals von 15 Millionen Franken (etwa 2 1/2 Millionen Mark) eine große internationale und auch politische Bedeutung zu.

Zweck der Gesellschaft ist es nämlich, die große bisher erst teilweise fertiggestellte polnische Eisenbahnlinie, die den polnischen Hafen Gdingen mit Polnisch-Oberschlesien verbinden soll, fertigzustellen und zu betreiben. Die Gesellschaft hat sich bereits bei der polnischen Regierung die Konzession für Betriebe dieser nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch wichtigen Linie gesichert.

Bisher hatte das wichtigste polnische Industriegebiet keine direkte Verbindung mit der einzigen polnischen Hafenstadt, und nach Fertigstellung der neuen Bahn werden polnische Waren in noch geringerem Umfang als bis jetzt den Weg über den Freistaat Danzig nehmen. Die strategische Bedeutung dieser etwa parallel zur deutsch-polnischen Grenze verlaufenden Bahnlinie liegt auf der Hand.

Es ist sicher kein Zufall, daß hinter der neuen Eisenbahngesellschaft in erster Linie der französische Rüstungs- und Maschinenbaukonzern Schneider-Creusot steht, der seit dem Ausscheiden des deutschen Krupp-Konzerns aus dem Rüstungsgewerbe und nach der Einschränkung auf den tschechischen Rüstungsindustrie einmonopolistische Stellung in der europäischen Rüstungsindustrie einnimmt. Fast alle Firmen, die an der Gründung der neuen Gesellschaft mitwirkten, stehen dem Konzern Schneider-Creusot nahe. Zu diesen Firmen gehören neben der Firma Schneider-Creusot selbst:

die Banque des Pays du Nord (Nordländerbank), deren Aktienkapital zu einem erheblichen Teil von der Schneider-Gruppe kontrolliert wird;

die Banque de l'Union Parisienne, eine der Pariser Großbanken, die schon vielfach mit Schneider-Creusot zusammengearbeitet hat und die gemeinsam mit diesem Konzern im Jahre 1920 die Union Européenne Industrielle et Financière (Europäische Industrie- und Finanz-Union) gegründet hat, eine umfassende Dachgesellschaft für die Auslandsinteressen des Konzerns Schneider-Creusot;

die soeben genannte Union Européenne;

die Société des Forges et Aciéries de Huta-Bankowa, eine von der Union Européenne kontrollierte polnische Hütten-gesellschaft;

die Banque Franco-Polonaise, eine französische Spezialbank für polnische Interessen;

das eng mit dem Schneider-Creusot-Konzern verbundene Privatbankhaus de Neulize et Cie., das übrigens auch im Verwaltungsrat des Schneider-Konzerns vertreten ist, und

die Société Centrale pour l'Industrie Electrique, eine Dachgesellschaft für Elektrizitätsunternehmen, die zum Konzern der belgischen Soima gehört.

Die polnische Regierung, die bisher den Bahnbau Gdingen-Oberschlesien teilweise in eigener Regie begonnen hatte, wird von französischen Finanzgruppen (und zwar von denselben Kreisen, die die Eisenbahngesellschaft gründen) eine Anleihe im Betrage von etwa 1 Milliarde Franken erhalten, d. h. rund 180 Millionen Mark. Auch diese Anleiheoperation kann heute als gesichert gelten, obwohl die Verhandlungen hierüber, die bereits monatelang geführt werden, bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind.

Beide Transaktionen, die Anleihegewährung wie die Firmen-gründung, bedeuten für Polen zwar eine Garantie dafür, daß die wichtige Bahnlinie von Gdingen nach Ostoberschlesien in absehbarer Zeit auch zu Ende gebaut und in Betrieb gesetzt wird, verstärken aber andererseits die Abhängigkeit Polens vom französischen Finanzkapital.

Langsamer wachsende Schulden

Die Schuldenbilanz der Städte / Eine nicht ohne weiteres unbedeutliche Entwicklung

Nach „Wirtschaft und Statistik“ hatten sämtliche deutschen Städte über 10 000 Einwohner Ende 1930 eine Verschuldung von 9210 Millionen Mark, davon 699,3 Millionen Auslandsschulden, gegen 8818,7 Millionen Ende Juni 1930, davon 711,9 Millionen Auslandsschulden. Der Schuldenzuwachs ist ganz erheblich verlangsamt: während im Quartal April bis Juni der Zugang noch 331,1 Millionen betrug, ging er im Quartal Juli bis September auf 216,7, und im letzten Quartal 1930 auf 175,1 Millionen zurück. Am stärksten war die Abnahme des Verschuldungstempos in den Gemeinden mit 25 000 bis 100 000 Einwohnern.

Von der Gesamtsumme sind 2680,2 Millionen mittel- und kurzfristige Kredite: 340,7 Millionen sind vorübergehende Kassenkredite, 1143,8 Millionen haben eine Laufzeit von höchstens einem Jahre (kurzfristig) und 1195,7 Millionen eine Laufzeit von 1 bis 18 Jahren (mittelfristig). Für langfristige Umschuldung kommen in erster Linie die 1143,8 Millionen kurzfristige in Frage.

Die Verlangsamung des Verschuldungstempos ist erziehlreich. Sie ist aber nicht unbedingt ein Zeichen gesünder Finanz- und Kommunalpolitik. Sie ist vielfach erkauft mit der Vernachlässigung kommunaler Aufgaben. Das kann um so bedenklicher sein, als gerade in Krisenzeiten der legale Anleihebedarf am billigsten befriedigt werden kann und die Drohung notwendiger Bedarfs die industrielle Arbeitslosigkeit zu einer Zeit verstärkt, wo sie durch zusätzliche öffentliche Aufträge verringert werden sollte. Was finanziell und für den Steuerzahler augenblicklich erfreulich erscheint, kann sich konjunkturell und auf die Dauer alles weniger als erfreulich auswirken.

Glänzend rentierende Baugesellschaften

20 Prozent Dividende bei Julius Berger

Die Krise auf dem Baumarkt, die in den letzten Monaten zu zahlreichen Zusammenbrüchen geführt hat, ist an einigen Baugesellschaften spurlos vorübergegangen. Das ist ein Zeichen dafür, daß bei den Zusammenbrüchen weniger der Geschäftserfolg als vielmehr fehlerhafte Geschäfts- und Finanzierungsmethoden schuld waren.

Die Julius Berger A.-G. betreibt das Tiefbaugeschäft im großen. Obwohl die Aufnahme langfristiger Anleihen, die Voraussetzung für die meisten ihrer Arbeiten, unmöglich war, so daß die Inanspruchnahme neuer Bauten fast ganz unterließ, erzielte sie doch einen mit 3,63 Millionen Mark (3,61 Millionen) etwas erhöhten Bruttogewinn, von dem sie wieder die außerordentlich hohe Dividende von 20 Proz. auf das 7,5 Millionen Mark betragende Kapital verteilen kann. Die Schuldner gingen von 13,5 Millionen auf 12,2 Millionen zurück, darunter die immer noch sehr hohen Bankguthaben von 8,9 auf 8,1 Millionen Mark; da sich gleichzeitig unter den Passiven die Gläubiger von 2,6 auf 0,99 Millionen ermäßigten, ist die Bilanz aber noch flüssiger und besser geworden.

Im Ausland hat das Unternehmen noch mehrere Aufträge in Arbeit, so Bahnbauten in Persien, einen Reparationsauftrag zum Ausbau des Hafens von Le Verdon (Bordeaux) und den Bau einer Alibi (gemeinsam mit Krupp). Die Beschäftigung im Inland ist gering; die Firma ist an der Herstellung des Redardurchsichts bei Heilbronn beteiligt. Außerdem werden mehrere Projekte erwogen, für die die Julius Berger A.-G. die Finanzierung übernehmen will (vgl. die hohen Bankguthaben!).

... und 12 Prozent bei Bosman & Knauer.

Sehr günstig ist auch der Abschluß der Bosman u. Knauer A.-G., Berlin. Bei dieser erhöhte sich der Rohgewinn von 1,88 auf 2,44 Millionen Mark; trotz der geringen Erhöhung des Aktienkapitals (4,28 gegen 3,45 Millionen) hätte die Vorjahresdividende von 14 Proz. leicht gezahlt werden können. Man erhöhte aber lieber die Abschreibungen von 0,36 auf 0,64 Millionen wegen des Preisfalls für Materialien und verteilte „nur“ 12 Prozent. Auch diese Bilanz ist bedeutend verbessert; die Bankguthaben erhöhten sich stark auf 3,55 (0,92) Millionen, während die laufenden Forderungen auf 3,76 (3,73) Millionen und die Forderungen auf unvollendete Bauten auf 8,0 (9,8) Millionen zurückgingen. Die Lieferantenverbindungen sanken von 6,2 auf 3,3 Millionen, während die Anzahlungen von 5,3 auf 9,5 Millionen stiegen.

Die oben erwähnte Kapitalerhöhung hat die Bosman u. Knauer A.-G. dazu benutzt, um gegen die 827 000 M. neuen Aktien 1,25 Millionen Mark Anteile der Gottlieb Teich G. m. b. H., Berlin, einzutauschen. Damit hat die Bosman u. Knauer A.-G. ihren Einfluß auch auf das Tiefbaugeschäft ausgedehnt, um Ausgleichsmöglichkeiten in Zeiten schlechter Hochbaufunkturen zu haben.

Die Industriebank als Agrarinstitut.

Der Umbau der Bank für Industrieobligationen.

Die Bank für deutsche Industrieobligationen hat für die Durchführung des Osthilfeprogramms ein neues Aufgabenfeld zugewiesen bekommen und wird künftig die Geschäfte eines landwirtschaftlichen Realkreditinstituts wahrnehmen.

Die Bank, die zur Durchführung der im Dawes-Plan vorgesehenen Industriedebelastung errichtet war, hatte mit der Aufhebung dieses Reparationsystems und mit dem Austritt des Young-Planes keine Existenzberechtigung mehr. Mit dem Gesetz vom 4. Juli 1930 wurde daher die Liquidation der Bank zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt festgesetzt. Diese Liquidation ist nunmehr durch die Ueberweisung des neuen Aufgabenfeldes bei der Durchführung der Osthilfe hinfällig geworden, und in der bevorstehenden Generalversammlung wird die Bank auf Grund des Gesetzes vom 31. März dieses Jahres ihre neue Verfassung erhalten. Das Kapital wird von 10 auf 50 Millionen Mark erhöht werden, wozu rund 23,9 Millionen aus dem Aufbringungsfonds und 16 Millionen aus der Sicherungsrücklage herangezogen werden. Die danach verbleibenden offenen Rücklagen werden sich auf 22,3 Millionen Mark stellen, so daß die Bank in ihrem neuen Geschäftsgebiet über eine sehr starke Reserve verfügt.

20 Millionen Fordautos. Die Fordwerke in Detroit haben am 14. April das zwanzigste Millionen Auto hergestellt. Es wurde zur Feier dieses Ereignisses neben dem ersten Fordauto aufgestellt.

Für 430 Millionen Glas.

Schlechte Durchleuchtung der Glaskartelle durch Wirtschaftsenquete.

Der Deutsche Enquete-Ausschuß hat jetzt seine Untersuchungen über eine Industrie abgeschlossen und veröffentlicht, die durch ihre rückwärtsgehende Syndikatspolitik wiederholt die Kritik der Öffentlichkeit herausgefordert hat. Es handelt sich um die deutsche Glasindustrie, eine auch für den Außenhandel wichtige Fertigungsindustrie, die in Deutschland die Produktion von Tafelglas, Spiegelglas, Flaschen und Hohlglas umfaßt.

Am ganzen waren in dieser Industrie vor dem Kriege etwa 100 000 Arbeiter und in den ersten Nachkriegsjahren 100 000 bis 105 000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Glas erzeugenden Betriebe war bis 1929 noch 368 auf 301 gesunken, während sich gleichzeitig die Gesamtzahl der Werke durch das rasche Wachstum der Veredelungsbetriebe von 1119 vor dem Kriege auf 1546 im Jahre 1929 erhöht hat. Dieser Betriebsexpansion steht eine fast unveränderte Zahl der im Durchschnitt beschäftigten Belegschaften mit 91 842 Personen im Jahre 1913 und 96 621 Personen im Jahre 1929 gegenüber. Mehr als zwei Drittel, nämlich 68 Proz. der Arbeiterkraft ist den gläserzeugenden Betrieben, entfallen auf die Hohlglasindustrie, 16 Proz. auf die Flaschenindustrie und je 8 Proz. auf die Tafel- und Spiegelglasindustrie. Der Kleinbetrieb ist mit der fortschreitenden Mechanisierung immer mehr zurückgedrängt worden und das Schwergewicht bei den Glashütten liegt in Betriebsgrößen mit 50 bis 200 Beschäftigten. Eine scharfe Konzentration der Betriebe hat sich infolge der Rationalisierung in der Flaschen- und Tafelglasindustrie durchgesetzt.

In der gesamten Glasindustrie wird

der jährliche Produktionswert auf 430 Millionen Mark

geschätzt, von denen 300 Mill. Mark sogenannten Veredelungswert darstellen, der durch Verarbeitung des Materials hinzugekommen ist. Der Produktionswert der Glasindustrie übersteigt also erheblich den Fabrikationswert in der gesamten feinsten Industrie (Porzellan und Steingut), der nicht ganz 400 Mill. Mark im Jahre erreicht. Gegenüber der Vorkriegszeit konnte der Fabrikationswert bis 1928 um etwa 55 Proz. gesteigert werden. In der mengenmäßigen Entwicklung der Produktion weist die Spiegelglasindustrie eine stark aufsteigende Kurve auf, was mit der raschen Entwicklung der Automobilindustrie und der starken Anforderung des Baumarktes in den ersten Jahren nach der Inflation zusammenhängen dürfte. Die Hohlglasindustrie, die hauptsächlich Wirtschaftsglas, Trink- und Biergläser, Pilschglas, Glühlampenröhren und Glasröhren zu Laboratoriumszwecken herstellt, weist dagegen nur eine schwach aufsteigende und die Flaschenindustrie sogar eine rückläufige Bewegung auf. Die Tafelglasindustrie, deren wichtigste Fabrikationszweige Fensterglas und Trockenplatten für photographische Platten sind, hat sich auf dem Vorkriegsniveau gehalten.

Der Wert des Exports der deutschen Glasindustrie betrug 1913 rund 110 Mill. Mark und erhöhte sich bis 1929 auf rund 165 Mill. Mark. Trotz dieser

absoluten Steigerung der Ausfuhr

hat sich Deutschlands Stellung als Glaseportland erheblich verschlechtert. So sank sein Anteil am Weltexport gegenüber der Vorkriegszeit von 30 bis auf 23 Proz. Rund 65 Proz. der deutschen Glasausfuhr gehen nach wie vor auf die europäischen Märkte, unter denen die Agrarländer besonders scharf aufnahmefähig sind. Von den überseeischen Ländern waren die Vereinigten Staaten von Amerika starke Käufer deutschen Glases, so daß die im vorigen Jahr durchgeführte Aufstockung der Zollmauern, die für Hohlglas 65 bis 85 Proz. Wertzölle erhebt, die deutsche Glasindustrie schwer trifft.

Die Anwendung neuer technischer Fabrikationsverfahren hat die Betriebsformen in der Glasindustrie von Grund auf verändert. So emfielen z. B. in der Tafelglasindustrie 1925 noch 16,50 Mill. Quadratmeter auf mundgeblasenes Glas, im Jahre

1929 dagegen bei einer Gesamtproduktion von 23 Mill. Quadratmetern nur noch 2,1 Mill., also kaum 10 Proz. Nur in der mit einer außergewöhnlich großen Arbeiterzahl arbeitenden Hohlglasindustrie ist die Mechanisierung nicht vorgegedungen.

In welchem Umfang die Leistungen der Arbeiterkraft infolge der technischen Umwälzung gestiegen sind, zeigt sich besonders deutlich in der Tafelglasindustrie. Hier erzeugten noch 1924 Belegschaften in der Stärke von 8015 Mann 11,36 Mill. Quadratmeter, im Jahre 1929 dagegen wurde die doppelte Menge von 23 Mill. Quadratmetern von einer um die Hälfte verringerten Belegschaft von 4235 Mann hergestellt. Gegenüber 1913 ist

die Arbeitsleistung je Kopf der Belegschaft von 228 bis auf 540 Quadratmeter

pro Monat im Dezember 1929 gestiegen. Dies sind in der Tat Rekorde in der Leistungssteigerung von Industriebelegschaften. Die Lohnerhöhungen haben mit diesem Tempo auch nicht annähernd Schritt halten können. Für 1913 wird das jährliche Lohnentkommen für den Glasarbeiter mit durchschnittlich 1085 M. — das sind 90 M. im Monat! — angegeben. Bis zum Jahre 1928 erhöhten sich die Löhne auf 1745 M. jährlich, bildeten also hinter dem Anwachsen der Betriebsleistungen je Kopf weit zurück.

Das Kennzeichen der deutschen Glasindustrie ist ihre Beherrschung durch einige große ausländische Konzerne und deren rigorose Syndikatspolitik. So wird fast die gesamte deutsche Spiegelglasindustrie von dem französischen St.-Gobain-Konzern in Verbindung mit einem belgischen Glaskonzern beherrscht, und in der Tafelglasindustrie kontrolliert der belgische Libbey-Owen-Konzern ein Drittel der Gesamtproduktion. Nicht anders sieht es in der Flaschenglasindustrie aus, wo 60 Proz. von der Hene-Siemens-Gruppe beherrscht werden. Diese Kartelle der Konzerne ist für die Syndikatspolitik natürlich ausschlaggebend. Der Enquete-Ausschuß ist unleres Erachtens

einer Kritik der besonders traffen Kartellverhältnisse

in der Glasindustrie ausgewichen. So wird nur mittelwiegend bemerkt, daß unter anderem die Flachglasfabrikate bei Unternehmung von Außenleitern für ihre Mitglieder Vertragsstrafen von 500 000 M. bis zu 1 Mill. Mark vorgesehen haben. Auch findet der Ausschuß bei der Untersuchung der Kosten, die die Syndikatsverursachen, kein Wort der Kritik, daß das Spiegelglas-Syndikat zusammen mit dem Exportkartell der Deutschen Spiegelglas-Ausfuhr-gesellschaft jährliche Gesamtkosten von 3 Mill. Mark in Höhe von 11 Proz. ihres Umsatzes ausweisen. Auch begnügt sich der Ausschuß lediglich mit der Feststellung, daß die Inlandpreise gegenüber der Vorkriegszeit trotz der starken Entlastung der Selbstkosten

um 50 bis 75 Prozent heraufgeschraubt

worden sind. Mit stärkerem Nachdruck weist der Ausschuß auf die Tatsache hin, daß unter der Herrschaft dieser Kartellpolitik eine Expansion der Industrie auch dann noch erfolgt ist, als rückläufiger Abfall bereits eine Einschränkung der Produktion ratlos erscheinen ließ. Dieser Hinweis allein kann aber bei der Unternehmung der Preis- und Kartellpolitik der Glasindustrie nicht befriedigen. Hier wäre es notwendig gewesen, auch Außenleiter und Verbraucher zur Vernehmung heranzuziehen, die über die volkswirtschaftlichen Folgen der Syndikatspolitik wahrscheinlich sehr bemerkenswerte Auskünfte hätten geben können.

Holländische Konjunkturfel. Während die Förderung sämtlicher Kohlenfelder in der Krise stark zusammengedrückt ist, können die holländischen staatlichen Bergwerke in Limburg für 1930 eine erhöhte Förderleistung von 6,95 gegen 6,81 Millionen Tonnen 1929 aufweisen.

Frank J. Braun: Der Vertreter

Die Luisenstraße lag menschenleer; es war spät am Abend und es regnete ein bißchen. Als Glasfart vor der Villa anlangte, schlug eine nicht ferne Turmuhr zehnmal. Er betrachtete das Häuschen und sah das Messingbild an.

Konsul Chr. Steenkamp

Kein Fenster war erleuchtet. Seine Berechnungen waren also richtig. Der Konsul sah im Stadtheater und hörte sich Rigolotto an. Die Diensthofen hatten heute Ausgang. Er trat in den Garten und ging zur Tür. Seinem Nachschlüssel würde dieses Schloß kaum lange widerstehen. Das Schnappschloß sprang bald auf. Glasfart betrat die Halle.

Behutsam, nirgends anzustoßen, und auf Zehenspitzen schlich er vorwärts. Leise, leise... Teppiche dämpften den Schritt. — Besah halb leise? Er wußte, daß er allein im Hause war! Nun, das liegt schon so im Blut. — Er öffnete die Tür in das Herrenzimmer. Dort an der Wand hing das Bild, um das es sich handelte. Glasfart machte kein Licht; er fand sich so zurecht, obgleich er nur ein einziges Mal hier gewesen war — als fasscher Elektriker.

Zwei, drei Hammerschläge gegen den Holzrahmen, das ließ sich nicht vermeiden. Der Goldrahmen gab nach, er nahm die Bekanntheit heraus, löste sie ab und rollte sie auf. Sehr behutsam, es war ja ein wertvolles Stück. Sonst noch etwas mitzunehmen? Glasfart zögerte, aber da war ein unbefugtes Gefühl, und er drehte sich um, rasch wieder wegzukommen.

Als er die Tür gerade erreicht hatte, geschah es. Eine klare Männerstimme rief: „Halt!“ Gleichzeitig flammte das Decklicht auf. Glasfart schloß geblendet die Augen. Er erkannte kaum noch, daß da beim Aufschloß ein Mensch stand und einen Revolver vorgestreckt hielt. Aber hart vernahm er den Zuruf: „Die Hände hoch!“

Nach einer Weile konnte er sehen. Er wartete mit gerechten Armen und betrachtete den Mann. Der stand in Hemdsärmeln, war groß und schlant, und das Gesicht wies Entschlossenheit. Konsul Steenkamp.

„Haben Sie nur das Bild stehlen wollen?“

Glasfart nickte; er legte das Bild unauffgefordert auf den Tisch.

„Wer hätte es Ihnen abgenommen?“

„Ich verrate meine Kollegen nicht.“ knurrte er trotzig.

„Ich will Ihren Fehler wissen!“ rief der Konsul scharf.

„Kennen Sie mir den Hehler, und ich verpriehe Ihnen, mich bei der Polizei für Sie zu verwenden. Nicht Sie sind der eigentlich Schuldige, sondern jener Kerl, der feige im Hintergrund bleibt und der Anstifter ist. Denn Sie kannten doch den Wert des Bildes gar nicht!“

Glasfart überlegte. Dann legte er entschlossen einen Zettel auf den Tisch neben das Bild. „Die Adresse; ich kann den Zettel verloren haben.“ meinte er blinzeln.

Der Konsul sah das Papier an und steckte es ein. „Man muß diesen Leuten das Handwerk legen.“ knirschte er. Er nahm das Telefon auf. „Ueberfall!“ rief er; und dann: „Hallo? Zwei Leute genügen. Ich halte hier einen Einbrecher in Schach. Beileben Sie sich, bitte. Konsul Steenkamp, Luisenstraße 17.“

Man wartete. Die Minuten wurden lang. Keiner der Männer sprach ein Wort. Der Konsul spielte mit dem Revolver; immer, wenn Glasfart eine Bewegung machte, nahm er die Waffe fester zur Hand. — Dann waren die Polizisten da. Sie sprangen von den Rädern und kamen ins Haus.

„Das ist der Bursche.“ sagte der Konsul. „Sie nehmen ihn wohl mit auf die nächste Revierwache, nicht wahr?“ Die Beamten bestätigten das. „Gut, meine Herren, ich mache mich fertig und bin in zwei Minuten ebenfalls dort.“ Die Polizisten grüßten höflich, nahmen Glasfart in die Mitte und zogen ab. Der Konsul wartete eine Weile. Dann ging er in das Nebenzimmer. Da lag über dem Stuhl seine Jacke. Er zog sie an und ging wieder in das Herrenzimmer zurück. „Ich hätte mir wirklich viel Mühe gemacht, hatte schon die Jacke ausgezogen und wollte anfangen zu kneten, da —“ und er lachte vor sich hin. „da kommt der Junge wie vom Himmel geschickt und zeigt mir, was hier des Mitehmens wert ist.“ Hierauf rief sich der Konsul erfreut die Hände, nahm das gerollte Bild und warf einen letzten Blick in die Runde. Dann verließ er das Haus.

An der Straßenecke nahm er ein Auto und fuhr zu dem seigen Anstifter und Hehler, der ausgetrotet werden mußte! „Hier ist das gewünschte Bild.“ sagte er schlicht. „Der Kollege war verhindert und hat mir den Auftrag überlassen.“

„Ist gut.“ antwortete der Mann; er prüfte das Gemälde und griff dann in die Tasche. „Ich zahle Ihnen daselbe, was mit Glasfart abgemacht war.“ sagte er, und zählte die Scheine auf den Tisch. Dann ließ er den Kollegen und Vertreter des Glasfart hinaus. Die dunkle Straße schluckte sofort diesen Mann und gab ihn nicht wieder heraus.

Genau um diese Zeit wurden die Beamten auf der Revierwache 23 unruhig und riefen im Hause des Konsuls an. Genau um diese Zeit hörte der Konsul Steenkamp im Stadtheater den vierten Akt. Des Herzogs berühmte Konzerte von den trügerischen Weiberherzen ergriff ihn abermals tief. Er hatte keine Ahnung, daß ihn noch eine stärkere Erschütterung an diesem Abend erwartete.

Rich. Huelsenbeck:

Was kostet das Leben in New-York?

Ich glaube, das ist eine Frage, die jeden interessieren wird. Also im voraus sei gesagt, das Leben in New York ist teurer als bei uns; in sehr vielen Dingen sogar ungewöhnlich teurer als bei uns.

Es sind hauptsächlich zwei Dinge, nach denen man die Kosten der Lebenshaltung in einem Lande beurteilen kann: die Wohnung und das Essen. Beginnen wir einmal mit dem letzteren. Es gibt in der ganzen Welt keine Stadt, in der es so viele Speiselokale gibt wie in New York. An jeder Straßenecke befindet sich ein Restaurant, das bemüht ist, seine Güte durch Reklame bekanntzumachen. Ueberall an den Häuserwänden, an den eisernen Gittern der Hochbahn, an den Glasfassaden leerstehender Geschäfte wird das Essen, die Kochkunst und die Gemütslichkeit dieser und jener Restaurants angepriesen. Man kann sagen, daß der Durchschnittspreis eines Mittagessens ein Dollar ist, also bei weitem mehr als der Durchschnittspreis bei uns. Wenn man um den Times Square herum einen Dollar für das Lunchen bezahlt, so stuft sich dieser Preis nach der Unterstadt und nach der Oberstadt zu entsprechend ab. — In den Lokalen der Unterstadt — angefangen von den Krotzentrassen der Battery und der Docks — kann man schon für fünfzig Cent ein annehmbares Mittagessen bekommen, bis dann im allgemeinen jenseits der Times Square die Preise zu steigen beginnen. Bei Reubens in der Madison Avenue bekommt man noch für einen Dollar ein annehmbares Essen nach europäischer Art, dazu eine Nachspeise oder ein „Discoevodessert“, wie die Amerikaner einen Reispudding oder eine Banane mit Milch zu nennen beliebigen. Etwas billiger als für einen Dollar ist man in den chinesischen Lokalen um den Times Square, an der Fifth Avenue und am Broadway; hier kann man schon für sechzig Cent einen Chinesen Shops Suet bekommen, jene beliebte Speise des fernen Ostens, die allerdings in stark amerikanischer Ausmachung erscheint; das heißt viel weniger Fett enthält als das chinesische Essen und nur mit Pfeffer, Salz und Worcestersauce genießbar ist. In den großen Hotels dagegen, im Savoy Plaza, im St. Moritz (einem neuen nach europäischen Muster gebauten Hotel) zahlt man mindestens zwei Dollar für ein Mittagessen. Man muß bedenken, daß es hier (wenigstens offiziell) keine Getränke gibt und daß zwar Kaffee oder Tee in den Preis eingeschlossen sind; daß sich dieser Preis aber sonst gleich stark erhöht, wenn man einen besonderen Wunsch nach einem Getränk hat.

Das Dinner, das man zur Zeit unseres Abendessens einnimmt, ist immer teurer als das Lunchen, weil man im allgemeinen gezwungen wird, nach der Karte zu essen und da man Tee oder Kaffee extra bezahlen muß. Immer eingeschlossen sind Brot und Butter und — ein Glas Eiswasser (auch wenn draußen zehn Grad Kälte sind). Das erste Frühstück, das ich fast vergessen hätte, ist in New York von dreißig bis achtzig Cents zu haben. Wenn man bedenkt, daß man in Paris in den Cafés dards eine Tasse Kaffee und ein Hörchen sozusagen für nichts bekommen kann, sind das ganz respektable Preise. Der Amerikaner ist es gewohnt, ausgiebig zu frühstücken. Er beginnt — da fast jeder Amerikaner Gesundheitsfanatiker ist — mit Orangensaft (überrigens wunderbar und sehr zur Nachahmung zu empfehlen) und endet bei der Lektüre seines Morgenblattes mit Schinken, Speck und Spiegeleiern. Alles in allem nach unserer Berechnung nicht unter drei Mark zu haben. Die besten Breakfastlokale sind die Park und Tilford's, bei denen man neben der Befriedigung seines Morgenhungers noch das Schauspiel genießen kann, typische New-Yorker Girls bei der Einnahme heißer Schokolade zu sehen.

Wenn man sich das Essen noch einigermaßen einrichten kann und mit Käse und Krach und mit schlechem Magen (die Amerikaner haben das Prinzip der kleinen Portionen auf die Spitze getrieben) nach europäischen Gewohnheiten zurechtzukommen mag, ist das Wohnungsproblem fast unlösbar. Die Zeiten, da man in der Unterstadt für einige Cents in einer Herberge unterkommen konnte, sind endgültig vorüber. Da in Manhattan jeder Zoll Boden ungewöhnlich hohe Zinsen bringen muß, kosten die Wohnungen ein Sündengeld. Ein Hotel, das einigermaßen den Anspruch auf Wohnlichkeit setzt, beginnt seine Preise mit zwei Dollar.

Ein Hotel, das ein Hotel ist, ist befreit, seinen Gästen Zimmer

mit Bädern zu geben. Alle Hotels um den Central Park und natürlich die älteren und bekannteren, die Commodore und das alte Plaza am Parkgebrünnen haben nur Zimmer mit Bad. Diese Hotels haben natürlich auch keine Räume für zwei Dollar; denn mit zwei Dollar hat man höchstens Anspruch auf ein Zimmer mit Brause auf dem sogenannten Junggesellenflur, dem Bachelorfloor. Im Savoy Plaza beginnen die Zimmerpreise mit zehn Dollar den Tag, im St. Moritz mit vier Dollar den Tag. Allerdings kann man — das sei nebenbei gesagt — ein wenig handeln, zumal in dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression, in der die Hotels halb leer sind.

Der Durchschnittsmensch, der mit Weib und Kind an der Battery landet und sein Leben in Amerika zu fristen gedenkt, wird nicht in ein Hotel ziehen, sondern sich so bald wie möglich nach einer „richtigen Wohnung“ umsehen. Einzelhäuser oder Bungalows zu einigermaßen annehmbaren Preisen, also gegen vier hundert bis einhundertfünfzig Dollar im Monat, gibt es nur an der Peripherie der Stadt. Arbeiter und kleine Angestellte, die derartige Preise natürlich nicht zahlen können, ziehen in eine Etagenwohnung oder, wie man das hier nennt, ein Apartmenthaus. Der Unterschied ist allerdings der, daß die amerikanischen Apartmenthäuser nicht in Etagen, sondern in „Flats“ aufgeteilt sind; das heißt kleine und kleinste Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen. Die neuen Apartmenthäuser an der oberen Riverside Drive haben zahllose derartige Flats, und in einem solchen Haus wohnt die Einwohnerschaft einer kleinen deutschen Stadt. Die Apartmenthäuser sind eigentlich billige Hotels; niemand kennt den anderen; niemand kümmert sich

Duck: Der heilige Antonius von Itaituba

Itaituba? Na ja, es liegt in Brasilien, an einem Nebenfluß des Amazonas, in jener schönen Gegend, in der Europäer sich mit zwei Flaschen Sekt täglich gerade nach so einigermaßen fieberfrei zu halten pflegen, und wo es sonst von Farbigen aller Schattierungen in Haut und Lumpen wimmelt, die in Ermangelung anderer Betätigungsmöglichkeiten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Messer aneinander probieren. Und der heilige Antonius stand als Schutzpatron auf dem steinernen Brückenbogen über dem Flusse, weitentrückt und selig, bis er sozusagen mobilisiert wurde.

Weiß der Teufel, wie jener Garnisonkommandant von Itaituba hieß, der gegen die Indios auszog und dabei auf den Gedanken kam, dem heiligen Antonius die Beförderung zum Leutnant zu geloben, falls er siegreich wieder heimkehrte. Jedenfalls trug einen portugiesischen Namen von mindestens zwei Zeilen Länge und dem Wohlklang einer Koksaturarier. Und er kam auch wirklich siegreich zurück und vertiefte der Statue auf der Brücke bei einer feierlichen Prozession den Leutnantsrang und wies den Hofmeister an, das Leutnantsgehalt abzuführen. An ihn, den Garnisonkommandanten selbst, meinte er. Der Abt des Klosters, das über Stadt und Brücke herrschte, war aber der Meinung, daß das Gehalt ihm als Stellvertreter sämtlicher heiligen auf Erden zukam, und da seine Meinung — man verzeihne oft 50 Grad im Schatten — zu gelten pflegte, verschwand Antonius Leutnantsgehalt denn auch in der geräumigen Kasse des Klosters.

Ein jeder Soldat trägt bekanntlich den Marschallstab im Tornister und gute Werte wachen, so sagt man, edlen Wetteifer. So kam es, daß der heilige Antonius, als wieder einmal die Indios sich unvorsichtig waren, sich für ihre leeren Bäuche ein paar Plantagenrinder zu stellen, Oberleutnant wurde, denn auch dieser Garnisonkommandant von Itaituba „stieg“, bald darauf Hauptmann und schließlich Major. Damit aber schienen die Gelegenheiten zu neuen Siegen und damit zu neuer Beförderung erschöpft. Die Indios waren gute Christen geworden und zogen es vor, beiseite vors Kloster zu ziehen, wenn sie hungerten, anstatt Rinder zu stehlen und sich dafür totschießen zu lassen. Mit innerem Weh sah der Abt, wie der Menschheit auch diese Gelegenheit, gute Werte zu tun, entgingen

um den anderen, und obwohl es irgendwo eine kleine Hintertreppe gibt, kann man in seine Wohnung nur durch den Fahrstuhl gelangen. Das kleinste Flak, das heißt eine bescheidene Einzimmerwohnung mit einer Kochstelle oder Kachelofen, kostet in der Woche zehn Dollar; das sind nach unserer Vorstellung im Monat einhundertsechzig Mark. Ein Flak, das Mann, Frau und Kinder beherbergen soll, ist unter keinen Umständen unter zwanzig Dollar in der Woche zu haben. Die Bedienung muß extra gezahlt werden.

Vielleicht kann man in den entlegenen Gegenden der äußeren Vorstädte in der Bronx, in Queens oder im äußersten Brooklyn billigere Wohnungen haben; dann aber verfliehet die Zeit, die man durch die Fahrerei verbraucht, einen so großen Teil der Lebenshaltungskosten, daß sich die Einrichtung dort nicht lohnt. Die Preise in New York sind trotz der Krise in der letzten Zeit gestiegen; was sich dadurch erklärt, daß die notleidenden Industrien bei ihrem Abzug auf den inneren Markt herauszuholen suchen, was ihnen der sinkende Export an Verlusten brachte. Die schöne Zeit der Jahre 1925 bis 1927, als die amerikanischen Bettler einen Fordwagen abstotterten, ist vorüber.

Ist das „schwache Geschlecht“ das stärkere?

In Berlin nehmen sich im Durchschnitt monatlich nicht viel weniger als 150 Menschen das Leben. Diese Zahl, überraschend groß auf den ersten Blick, ist klein, denkt man an die nicht nur absolut, sondern auch relativ höhere Selbstmörderzahl in New York. Aufschlußreich aber wird die Statistik der Selbstmörder vor allem, betrachtet man, wie Männer und Frauen sich in die genannte Ziffer teilen. Viele Männer hatten im Kriege den einen Wunsch, den Frieden zu erleben, das heißt, den Krieg zu überleben. Den Krieg haben wir überstanden, aber den Frieden offenbar nicht erlebt. Denn wie ist es anders zu erklären, daß so viel mehr Männer das Leben von sich werfen als Frauen! Im Oktober 1930 entlebten sich in Berlin 167 Menschen, 99 von ihnen waren männlichen Geschlechts. Im November 1930, in dem fast 200 Frauen mehr als Männer starben, standen 87 männlichen Selbstmörder nur 46 Selbstmörderinnen gegenüber, und im Dezember zählte Berlin 48 weibliche und zweimal so viel, nämlich 96, männliche Selbstmörder. Daß hier etwas wie eine Regel vorliegt, zeigt die Betrachtung der anderen Monate. Der „wunderjähre Monat Mai“ macht keine Ausnahme; er brachte 1930 sogar 112 Männer gegenüber nur 46 Frauen zum Freitode, und im Jahre 1929 107 Männer und 65 Frauen. Nach den Ursachen des Freitodes braucht man in unserer Zeit nicht lange zu suchen. Aber warum ist die Zahl der männlichen Selbstmörder oft doppelt so groß wie die der Frauen? Kostet nicht heute im allgemeinen auf den Frauen die gleiche Last, ja vielfach sogar die gleiche Verantwortung wie auf den Männern? Sind die Frauen Sorgen und Leiden weniger ausgefetzt als die Männer?

Wenn auf zwei Männer, die das Leben wegwerfen, durchschnittlich in Berlin nur eine Selbstmörderin kommt, so kann dies eben nichts anderes heißen als daß die Frau im Durchschnitt zweimal so viel aushält wie der Mann. Oder werden die Frauen leichter durch religiöse Bedenken vom Selbstmord zurückgehalten? Hier muß man weiterfragen: Was das, was die Frau vom Selbstmord zurückhält, religiös, biologisch oder wie immer geartet sein, — ist nicht jedenfalls die Verzweiflung über das Leben und die Verzweiflung am Leben eine eminent männliche Angelegenheit? Sind nicht die Frauen, wie in diesem, so auch da die Stärkeren, wo der Abgrund des Nichtmehrerlebenswollens uns angähnt? Bleibt nicht hantelt immer und ewig eine männliche Figur, die Frauen zwar spielen, aber kaum sein können? Sind nicht die Frauen die eigentlichen Lebensbewahrerinnen, von deren Qualität, Menschlichkeit, Klugheit vielleicht unsere ganze Zukunft viel mehr abhängt als von den Männern? Und ist nicht darum gerade in einer Zeit, in der die Menschenwelt mit dem Drachen Verzweiflung kämpft, die Erziehung der Frau zur vollkommenen Verantwortung vielleicht die wichtigste pädagogische Aufgabe? Hellmuth Falkenfeld.

Aus der Geschichte des Weinbaues. Der Weinbau gehört zu den ältesten Kulturpflanzen. Wenn man den Bericht der Bibel glauben darf, hat sogar schon Noa einen Weinberg angelegt. Wein geleitet und auch einen gehörigen Schluß vertragen können. Eins ist aber gewiß: daß die Menschen die süßen Beeren der wildwachsenden Reben sehr früh kennen und schätzen gelernt haben. Ziemlich sicher ist es, daß die Verbreitung der Weinkultur gleichzeitig mit dem Fortschreiten der Allgemeinkultur sich von Osten nach Westen vollzog. So kam der Weinbau nach Griechenland und Italien, von da aus nach Frankreich und Deutschland. In Deutschland beschränkt sich der Weinbau fast nur auf das Gebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse, aber hier wachsen Weine, die es mit den besten Weinen der Welt aufnehmen können.

wurde durch die Zivilisation, wobei er natürlich nicht im engersten Sinne daran dachte, daß dem Kloster damit der Bezug einer höheren Gage versperrt war.

Aber es gibt auch Revolutionen. Besonders da unten am Amazonas, wo es ganz traditionell zwei Offizierskarrieren gibt, die eine durch gute Beziehungen zur herrschenden Regierung und die andere durch gute Beziehungen zur aufstrebenden Opposition. Einen Putsch aber soll man bekanntlich nur anfangen, nachdem man sich sehr Gelingen 99prozentig gesichert hat. Dieser Binsenwahrheit eingebend gelobte jener Kommandant von Itaituba, der für die Opposition in den Krieg zu ziehen gedachte, dem Heiligen nicht nur die Beförderung zum Oberst für den Sieg seiner gerechten Sache, sondern drohte ihm schmachvolle Degradation an, wenn er verlore. Und der Abt jagete auch seine Truppe, als er hinaus zur Nachbarstadt, deren Kommandant keine Karriere bei der gegenwärtigen Regierung gesicherter glaubte. Sei es, daß der heilige Papiist geworden war, sei es, daß die feindliche Sache doch noch um 1 Prozent gerechter war — jedenfalls verlor der Kommandant von Itaituba Schiff und Kopf.

Der Abt tröstete sich. War es auch mit der Oberstengage nichts, so war doch kein Kommandant mehr da, die Drohung der schmachvollen Degradation wahrzumachen. Aber er irrte. Der gegnerische Kommandant war Kavallerie und Kamerad. Er zog ein in Itaituba. Er zog zu der steinernen Brücke, vor die Statue des heiligen Antonius und erfüllte das Gelöbnis des Gefallenen, das der Degradation, Korpsgeist ist Korpsgeist, auch wenn man seine Karriere der anderen Sache anvertraut hat.

So kam es, daß der heilige Antonius schmachvoll degradiert wurde und aus dem Militär ausgestoßen. Nur böse Jungen behaupten, daß der Oberst es getan habe, weil er den Abt in Verdacht hatte, nicht nur seinen Segen zur andern Sache gegeben zu haben. Der Abt aber machte den heiligen Antonius zum Schutzheiligen des Friedens und brachte zu seinen Füßen eine wohlverwahrte Sammelbüchse an, in die jeder sein Scherlein tun sollte, der der Stadt Frieden und Ordnung bewahrt wünschte. Und wenn auch keine Oberstengage zusammenkam — auch der Frieden brachte dem Kloster keinen Tribut.

Kampf den Volksseuchen!

Bekämpfung der Abtreibung durch Aufklärung.

Was wird aus Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung?

Mit Inkrafttreten des neuen Berlin-Gesetzes sind die Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung beschränkt worden. Aus früherer Zeit sind nicht nur eine große Menge von Tagesordnungspunkten zurückgeblieben, sondern es sind auch eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, zu denen der Magistrat noch nicht Stellung genommen hat. Vielleicht wird es unter der neuen Verwaltung gelingen, die bereits seit Jahresfrist von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Beschlüsse nun auch einmal zur Durchführung zu bringen.

Im September 1930 hat die Stadtverordnetenversammlung Grundzüge für die städtische Eheberatung angenommen. Diesem Beschluß ist eine lange Leidensgeschichte vorausgegangen. Ausarbeitung von Grundzügen ist eigentlich nicht Aufgabe der ehrenamtlich arbeitenden Stadtverordneten, sondern des Magistrats. Zwei Jahre lang hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion darauf gedrungen, daß Richtlinien für die Eheberatung vorgelegt werden. Der Stadtmedizinalrat stieß auf scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten. Bei jeder neuen sozialdemokratischen Anfrage erklärte er, daß die Schwierigkeiten noch nicht überwunden seien. Nachdem die Antragsteller auch bei der Stadteratung 1930 die Zustimmung bekamen, daß die Schwierigkeiten noch nicht überwunden seien, legte die Fraktion von sich aus Richtlinien vor, die im September vorigen Jahres von einer großen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurden. In diesen Richtlinien ist u. a. festgelegt, daß der Aufgabenzweck der Eheberatungsstellen umfaßt:

Bekämpfung der Abtreibung durch Aufklärung über die Gefahren, Vermeidung der wirtschaftlichen Furcht und in geeigneten Fällen unentgeltliche Abgabe von Verhütungsmitteln.

ferner: Beratung in Fragen der Behebung der Sterilität und der Vermeidung unerwünschter Schwangerschaft.

Vor einiger Zeit hat nun der Stadtmedizinalrat Stellung genommen zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung und hat sich in richtiger Erkenntnis der schwersten Schäden, die durch die jetzige Gesetzgebung entstehen, für Aufhebung des § 218 ausgesprochen. Selbstverständlich wird Herr v. Drigalski mit allen Kräfte und Sozialpolitikern darin übereinstimmen, daß die Schwangerschaftsunterbrechung die

Schlechteste Form der Geburtenregelung

ist. Niemand, der sich gegen die Strafen für Schwangerschaftsunterbrechung ausspricht, will damit der Schwangerschaftsunterbrechung etwa als einer erwünschten Erscheinung das Wort reden. Erkennt man aber die Notwendigkeit und Berechtigung der Geburtenregelung an, dann muß man als Sozialhygieniker dafür sorgen, daß unschädliche und zweckmäßige Mittel zur Verhütung ungewollter Schwangerschaft in weitesten Kreisen bekanntgemacht werden. Die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Grundzüge zur Eheberatung weisen den Weg dazu. Warum, Herr Stadtmedizinalrat, sind die im September von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Grundzüge im Magistrat noch nicht zur Annahme gebracht worden? Nach den modernen Anschauungen, die der Stadtmedizinalrat neuerdings in der Frage der Geburtenregelung vertritt, dürfte die Annahme für ihn eine vordringliche Angelegenheit sein. Hoffen wir, daß die Grundzüge nun endlich in Kraft treten!

Eine andere sozialhygienisch außerordentlich wichtige Angelegenheit wartet seit langem auf die Durchführung. Im November 1930 hat die Stadtverordnetenversammlung einem Vertrag zugestimmt, nach dem Automaten mit Schutzmitteln gegen Geschlechtskrankheiten in Bedürfnisanstalten und sonst geeigneten Orten aufgestellt werden sollen. Auch bei der Verabschiedung dieser Angelegenheit hatten gewisse Kreise starke Hemmungen. Eine große Mehrheit fand sich aber, die den

Schutz der Volksgesundheit.

in den Vordergrund stellte und die Aufstellung von solchen Automaten als ein außerordentlich wirksames Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten forderte. Der schlimmste Feind der Volksgesundheit ist die Unwissenheit, das ist eine alte Erfahrung. Trotzdem gibt es noch Kreise, die an der These festhalten: „Man soll es nicht vor tausend Ohren nennen, was tausend Herzen nicht entbehren können.“ Eigentlich sollte für jene Kreise das Einwerfen eines Geldstückes in den Automaten die gegebene Lösung des Problems sein. Eine falsche Erziehung, die durchaus noch nicht überwunden ist, hat dazu geführt, daß viele Menschen sich geniert fühlen, wenn sie in einem Laden ein Schutzmittel gegen Geschlechtskrankheiten verlangen sollen. Schön wäre es, wenn man aus Gründen der Wohlstandigkeit das Auftreten von Geschlechtskrankheiten generell verbieten könnte. Da das nicht möglich ist, muß man diese gefährliche Volksseuche schon mit wirksameren Mitteln bekämpfen; daher sollen durch die Automaten die Schutzmittel allen Kreisen zugänglich gemacht werden.

Künftig soll nun die Aufstellung von Automaten durch das preussische Innenministerium untersagt worden sein. Tatsächlich ist aber ein solches Verbot nicht ergangen. In einem Schreiben an den Magistrat hat der Innenminister darauf hingewiesen, daß im Reichsministerium des Innern eine Berechnung in Vorbereitung ist, die unter Umständen einer Aufstellung von Automaten rechtliche Schwierigkeiten entgegenzusetzen könnte. Durch diesen Hinweis sollte die Stadt wohl in erster Linie davor bewahrt werden, einen Vertrag abzuschließen, der nach Inkrafttreten einer solchen Verordnung nicht durchgeführt werden dürfte. Dadurch hätten der Stadt finanzielle Nachteile entfallen können. Im übrigen hält der preussische Innenminister gerade die öffentlichen Bedürfnisanstalten nicht für besonders geeignet für die Aufstellung von Automaten, spricht sich aber nicht generell gegen die Aufstellung an sonstigen geeignet erscheinenden Stellen aus.

Das Hauptgesundheitsamt hat bei dem Vertragspartner angeregt, vorerst von der Aufstellung von Automaten abzusehen. Diese Anregung ist außerordentlich bedauerlich. Der Stadtverordnetenbeschuß spricht ausdrücklich von der Aufstellung in Bedürfnisanstalten oder an sonstigen geeignet erscheinenden Orten. In dem Vertrage ist ferner vorgesehen, daß bei einer eventuellen gesetzlichen Neuregelung, nach der die Aufstellung von Automaten unzulässig wäre, die Stadt von ihren

Verpflichtungen gegen den Vertragspartner frei wäre, ein finanzieller Schaden könnte also nicht entstehen.

Bei der heutigen finanziellen Lage der Gemeinden, wo so wenig Mittel für hygienische Maßnahmen aufgewandt werden können,

ist es eine Unterlassungssünde,

Mahnahmen, die, ohne Kosten zu verursachen, dem Schutze der Volksgesundheit dienen, nicht zur Durchführung zu bringen. Pionierarbeit leisten, heißt Schwierigkeiten überwinden, aber nicht, sich hinter Schwierigkeiten zurückziehen. Ein kommunistisches Blatt brachte vor einigen Tagen die Nachricht, daß die bereits vorhandenen Automaten entfernt werden sollen. Das ist unzutreffend. Die Stadt hat vielmehr durchaus die Möglichkeit, entsprechend dem vor einem halben Jahre gefaßten Stadtverordnetenbeschuß, neue Automaten in erforderlicher Anzahl aufzustellen, und es ist sehr zu hoffen, daß sie von dieser Möglichkeit weitesten Gebrauch macht.

50 Jahre Elektrische.

Berlins erste Strassenbahn. — Sie fuhr noch mit „Schwung“.

Vor nunmehr 50 Jahren fuhr im Gebiet des heutigen Berlins die erste elektrische Strassenbahn. Zwei Jahre zuvor hatte Werner v. Siemens auf der Berliner Gewerbeausstellung gezeigt, daß der Elektromotor auch als Zugmaschine Verwendung finden konnte. Aber die erste elektrische Bahn der Welt, die in Berlin geschaffen wurde, war von den meisten mehr als ein nettes Spielzeug, denn als der Keim einer Verkehrsentwicklung begriffen worden war, die bald die ganze Welt umfassen sollte.

Berlins erste Strassenbahn, die wieder von Siemens gebaut worden war, verband den Bahnhof Lichterfelde-Ost mit der Anhalter Bahn mit der Lichterfelder Kabinenbahn. Zur

dahnliesen im März 1895 in Betrieb zu nehmen. Eine dieser Linien führte vom Bahnhof Lichterfelde-Ost durch die Berliner und Albrecht-Strasse zum Bahnhof Steglitz, die zweite ebenfalls vom Bahnhof Lichterfelde-Ost durch die Wilhelmstraße, Chausseestraße (heute Hindenburg-Damm) und Schützenstraße zum Bahnhof Steglitz und die dritte vom Bahnhof Südenbe durch die Mariendorfer und Albrecht-Strasse ebenfalls zum Bahnhof Steglitz. Diese letztgenannte Linie wurde 1912 über Bahnhof Mariendorf, Ring- und Kaiserstraße bis in das Innere von Mariendorf verlängert.

Ein Teil dieser Linien wurde später auf Normalspur umgebaut und von größeren Wagen befahren. Der Betrieb der Teltower Kreisbahnen wurde schließlich von der Stadt Berlin übernommen. Die Schmalspurstrecken zwischen den Bahnhöfen Lichterfelde-Ost, Steglitz, Südenbe und Mariendorf blieben bis zum 13. Februar vorigen Jahres in Betrieb. 40 Jahre ist das Werk Werner v. Siemens hier in seinen Grundzügen erhalten geblieben.

Die Strassenbahn aber hat ihren Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Es gibt keinen Ort, in dem sie nicht heimisch wurde. Bis heute hat sie ihre Vorzüge als Massenverkehrsmittel behalten und ihre Stellung siegreich gegenüber allen anderen Verkehrsmitteln bewahrt. Selbst im Lande des Autos, in den Riesensiedlungen Amerikas, ist die Strassenbahn bis heute unentbehrlich geblieben. Aber auch die unterirdische Strassenbahn, die Untergrundbahn, hat in der ersten „Elektrischen“ ihre Stammutter, 50 Jahre elektrische Bahn. Dieser Zeitabschnitt umfaßt den Aufschwung des öffentlichen Verkehrsnetzes und den der Elektroindustrie.

Das allerletzte Mittel.

Die „singende Säge“ als Volksbegehren-Propaganda.

Es muß um das Stahlhelmvolksbegehren wirklich schlimm stehen. Was soll man's den Massen, besonders aber den Frauen, eigentlich sagen, was man will? Da ist der Frauenausschuß der Deutschnationalen Partei in Zehlendorf auf einen brillanten Einfall gekommen. Am Zehlendorfer Anker kündigte er eine Rede des Regierungsrates und Stadtrates Dr. Moeller über das Volksbegehren an, hatte aber zu der Zugkraft dieses Redners offenbar so wenig Vertrauen, daß er zum Schluß schrieb: „Es wird die seltene Seltsamkeit geboten, Herrn Dr. Fredrich die singende Säge spielen zu hören.“ Vielleicht heißt es in den Ankündigungen der nächsten Tage: Die Rede des Herrn I. wird von einem großartigen Varietétel mit urkomischen Clowns umrahmt.

Ein proletarisches Volksanziehl. Der Proletarische Volksanziehlkreis Wittenberg, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, veranstaltet am kommenden Sonnabend im Logenhaus der Guttempler, Wittenbergstraße 36, Berlin-Wittenberg, ein Jugendvolksanziehl. Die Veranstaltung beginnt um 19½ Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf.



Das ist etwas mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl! Genossin, Sorge dafür, daß sich diese Zahl vervierfacht!

Erinnerung an diesen Beginn einer umfassenden technischen Entwicklung hat das Deutsche Museum in München das Modell dieses ersten Strassenbahnwagens der Welt im Maßstab 1:10 aufbewahrt. Der Wagen unterscheidet sich äußerlich kaum von den damals üblichen Pferdebahnen. Siemens hatte absichtlich die 1-Meter-Schmalspur gewählt, um das Fahrzeug möglichst leicht zu machen. Die Spannung des Betriebsstromes betrug 180 Volt, während heute 600 bis 750 Volt zur Anwendung kommen. Die Schienen waren auf dem Bahnkörper des Anschlußgleises verlegt, auf dem die Bausteine für die Kabinenbahn veranschlagt worden waren. Sie liefen durch folgende, später hier entstandene Strassenzüge: Bogenstraße, Wiesenborfer Straße und Zehlendorfer Straße. Der Strom wurde nicht, wie es heute üblich ist, durch die Oberleitung zugeführt und durch die Schienen abgeleitet, vielmehr dienten beide Schienen der Stromzuführung. Die Folge war, daß sich an den Bahnübergängen mancherlei Unfälle ereigneten, die zu Klagen führten. Um diese Unzulänglichkeiten zu beseitigen, wurden die Schienen an den Uebergängen stromlos gemacht. Diese Stelle mußten dann von den Wagen „mit Schwung“ überfahren werden. Als 1891 die Strecke über die Kabinenbahn hinausgeführt wurde, rüstete man sie mit Oberleitung aus und verwendete für die Stromabnahme den Schleifbügel, der sich gut bewährte.

Ganz Berlin wollte „elektrisch“ fahren.

Die ersten Fahrten erregten selbstverständlich die Aufmerksamkeit ganz Berlins. Die Wagen, die 26 Personen fassen konnten, waren überfüllt, denn jeder wollte „elektrisch“ fahren sein. Später ließ dann in dem nicht sehr dicht besiedelten Gebiet der Vorkehr erhebliche nach. Zum weiteren Ausbau dieses ersten Berliner Strassenbahnnetzes wurden für die Anwohner Antenne über den Betrag von 250 Mark ausgegeben, für die eine Verzinsung bis zu 5 Prozent versprochen wurde. Als die Bahn dann an den Kreis Teltow übergang, wurden diese Scheine freihändig auf gekauft. Diese Art der Kapitalbeschaffung hatte es ermöglicht, noch drei weitere Strassen-



ab fabrik an sie

nicht schreiende worte...
empfehlen sich selbst!!!

leipzigerstraße ecke wilhelmstraße + preisdammersstraße 29

Frauen werben.

Ausfall des Internationalen Frauentages 1931!

Den Reigen der Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag eröffnete diesmal der Kreis Stöglitz. Der schöne Saal des „Parkrestaurants“ in Südbende war hoch überfüllt. Männer, Frauen und erfreulich viel Jugend waren erschienen, um im Jahr der intensiven Werbung für die Partei den Internationalen Frauentag nicht ungenutzt zu lassen. Frühlingsblumen und wehende rote Fahnen bildeten in einer ausdrucksvollen Synthese den Schmuck des großen Raumes.

Umräumt wurde diese vielseitige Werbeveranstaltung von gemeinsamen Gefühlen unserer alten Kampfweifen und politischen Revolutionen, die durch den eindringlichen Vortrag von Friedel Hall die Anwesenden stark packten. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ansprache der Genossin Käthe Kern. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzuprangern. Die Referentin erläuterte die Auswirkungen dieses Systems zunächst an dem Beispiel der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Sie greift dann ein anderes Beispiel heraus: Man sammelt auf selten der Unternehmung über die Höhe der Younga-Lassen und empfiehlt zur Überwindung dieses Übels gemeinsame Auseinandersetzungen. In Wirklichkeit erhoffen aber die Kapitalisten, durch Kriege ihre Profite zu steigern, und bedenken nicht, daß die Bevölkerung bei einem kommenden Kriege dem sicheren Untergang geweiht wäre. Die Sozialdemokratie aber kämpft für friedliche Verständigung. Sie allein ist es, die den sozialen Ausgleich bringen kann. Es heißt in dieser Zeit doppelt auf der Hut sein. Die jetzigen Besitzverhältnisse sind Menschenverderber, sie tragen nicht den Stempel der Ewigkeit. Der Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in der Sozialdemokratie ist das Mittel zur Überwindung des heutigen Systems. Die Rednerin schloß ihren flammenden Appell mit dem Satz, der heute mehr Gültigkeit hat als je: Proletariat aller Länder vereinigt euch!

Nach der Vorführung des erschütternden Films „Giftgas“ wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Neue Unterstützungsfälle.

„Erhebliche Senkung der Lebenshaltungskosten?“

Der Magistrat hat den Bezirksämtern ein Rundschreiben über die neuen Unterstützungsfälle zugehen lassen, die am 1. Mai in Kraft treten sollen. In diesem Rundschreiben heißt es:

Die bedrohliche Finanzlage der Stadt und die ständig zunehmende Zahl der Hilfsbedürftigen, insbesondere der Wohlfahrtsarbeitslosen, macht es unmöglich, entgegen den geltenden Bestimmungen die erhebliche Senkung der Lebenshaltungskosten bei der Bemessung der Richtsätze auch fernerhin in so großem Umfang unbeachtet zu lassen, wie das bisher geschehen ist.

Trotzdem hat der Magistrat die Richtsätze nicht in vollem Umfange der Senkung der Lebenshaltungskosten angepaßt; er hat sogar in der Kosttandsaktion die Richtsätze für Familien mit Kindern zur Beseitigung bisheriger Härten sehr erheblich erhöht.

- Vom 1. Mai 1931 ab gelten demnach folgende Richtsätze:
- In der gehobenen Fürsorge: Für Alleinlebende 19 M., für Eheleute usw. 23,50 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 17 M.
- In der allgemeinen Fürsorge: Für Alleinlebende 39 M., für Eheleute usw. 53,50 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 17 M.
- In der Kosttandsaktion: Für Alleinlebende 49 M., für Eheleute usw. 63,50 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 17 M.

Aktivität beginnt bei dir!

In einer sehr gut besuchten Kreismitgliederversammlung des 10. Kreises Zehlendorf sprach Genosse Dr. Friedländer für den erkrankten Redner, Genossen Professor Heller, über Sozialismus und Jugend. Er sieht die Ursachen der Erfolge der Nationalsozialisten einmal in der wirtschaftlichen und seelischen Not der Jugend, ferner in der politischen Dummheit großer Teile ihrer Wähler und schließlich in ihrer absoluten hemmungs- und bedenkenlosen Agitation. Deutschland leidet unter der Weltwirtschaftskrise, die ihre Ursache hat in der durch Vervollkommnung der Technik bedingten Veränderung des Preisstandes aller Waren, weiter unter einer agrarwirtschaftlichen Krise und einer Rationalisierungskrise. Hinzu kommen die Lasten des Young-Plans. Der Mittelstand sucht die unaufhaltbare Proletarisierung dadurch zu umgehen, daß er seinen Nachwuchs studieren läßt. Die Folge ist, daß wir heute etwa 120.000 Studenten haben gegen 70.000 vor dem Krieg. Davon sind aber 30 bis 40 Prozent nationalsozialistisch-politisch organisiert; und 60 Prozent in dieser Richtung orientiert. Die ungeheure Gefahr, die dadurch entsteht, daß diese nationalsozialistisch-akademische Jugend einmal als hohe Verwaltungs- und Justizbeamte und als Gymnasiallehrer das deutsche Volk unter ihre Fuchtel bekommen wird, sollte schärfer als bisher ins Auge gefaßt werden. Es kommt für uns darauf an, der Jugend begrifflich zu machen, daß unsere Politik der letzten 12 Jahre weit besser ist als ihr Ruf. Es muß aber auch möglich sein, vor der Jugend eine Verbindung zwischen der Idee bzw. den Idealen des Sozialismus und den Forderungen der Gegenwart zu finden. Was wir auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, des Siedlungs- und Wohnungsbauwesens, der städtischen Parks, Erholungsstätten, Volkshilfsstätten, Jugendheime, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Sportplätze usw. geschaffen haben, ist höchster Ehren wert und es muß den jungen Genossen begrifflich gemacht werden, daß es jetzt ihre Pflicht ist, das Errungene zu halten und zu verteidigen, denn das nationale Bürgerium ist drauf und dran, die bewegenden Kräfte der Demokratie zu vernichten. Für die nationalsozialistische Jugend ist die einzige Sprache, die sie versteht, ein einfacher, fester und unbeeinträchtiger Wille. Ein solcher Wille muß auch der niedrigen gemeinen blutrünstigen und ordinären Propaganda des gesamten Nationalismus entgegengesetzt werden. Die Aktivität aber, die immer wieder von der Parteileitung, den Fraktionen und der Presse gefordert wurde, muß zuerst bei jedem einzelnen selber anfangen. An der knappen Diskussion des sehr heilsam aufzunehmenden Vortrages wurde die keineswegs eindeutig republikanische und verfassungstreue Haltung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, wie sie sich in den höheren Schulen äußert, scharf kritisiert.

Einen öffentlichen Vortrag über „Frühlingsplize“ (Mordeln, Bordein, Borkommen, Esharteit) mit 50 Lichtbildern, gehalten von Studentin Henig, dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft für Volkstanz, veranstaltet das Gesundheitsamt des Bezirksamts Kreuzberg am Dienstag, 21. April, 20 Uhr, im Vortragssaal des Gesundheitsamtes, Am Urban 10/11.

Rettet die Jugend!

Junge Hände wollen schaffen. — Wie geholfen werden kann.

Tausende von Jugendlichen haben jetzt wieder die Volksschule verlassen und warten nun sehnsüchtig auf den Tag, wo ihre Hände endlich gebraucht werden. Vater und Mutter sind vielleicht schon seit Monaten aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet. Da wollen sie wenigstens etwas die Not lindern helfen. Aber in dieser Zeit fürchterlicher Wirtschaftskrise, wo schon ein Ueberfluß an arbeitswilligen jungen Menschen vorhanden ist, besteht kaum eine Möglichkeit, eine Lehrstelle zu erhalten oder als Arbeitsbursche unterzukommen.

Diese jungen Menschen sind besonders zu bedauern, weil sie meistens von niemand unterrichtet werden und zu Hause oft nur als unnütze Esser gelten. Nur zu leicht nimmt sich so ein geplagter und herumgestoßener Jugendlicher die ewigen Klagen seiner Eltern zu Herzen und glaubt auf irgendeine Weise Geld verdienen zu müssen. Gemöhnlich endet dann dieses „Arbeitsfuchen“ auf dem Jugendgericht. Es gibt Erwerbslose, die seit der Schulentlassung kaum eine gerechte Beschäftigung kennengelernt haben. Groß ist auch die Zahl derjenigen, die, eben ausgetreten, nun, statt sich in ihrem Beruf weiterbilden zu können, jetzt strempeln gehen müssen. Um den Gefahren, denen die erwerbslosen Jugendlichen besonders in der Großstadt ausgesetzt sind, vorzubeugen, hat die Stadt Berlin seit dem Jahre 1926 geeignete Heime errichtet, in denen den jungen Menschen wenigstens einige Stunden am Tage Gelegenheit gegeben ist, sich fortzubilden. Von Jahr zu Jahr sind die Heime ausgebaut worden, so daß man wohl sagen kann, es ist etwas geschaffen worden, was sich sehen lassen kann. In diesen Unterkunftsstätten werden die Jugendlichen in allen möglichen Kursen unterrichtet.

Eine Aufgabe der Bezirksverordneten.

Leider gibt es in Berlin noch einige Bezirke, die es bisher nicht für nötig befunden haben, sich um die erwerbslose Jugend zu kümmern. Hier scheint man damit zufrieden zu sein, daß private Organisationen die Betreuung übernehmen. Leider hat die Zentralverwaltung, im Gegensatz zu anderen Großstädten, es bisher verabsäumt, auf diesem wichtigen Gebiete einheitliche Grundzüge aufzustellen. Deshalb muß es Aufgabe unserer Bezirksverordneten sein, überall dort, wo die Bezirke keine städtischen Einrichtungen haben, solche bald ins Leben zu rufen. Während früher die Jugendlichen nur durch die Stadt betreut wurden, hat sich jetzt das Landesarbeitsamt endlich bereit erklärt, mit zu den Kosten beizutragen. Es war ein jahrelanger Kampf des Landesjugendamtes, der endlich zum Erfolg geführt hat. Berlin ging von der grundsätzlichen und durchaus richtigen Erwägung aus, daß es in dieser Zeit der Finanznot der Stadt ein großes Unrecht sei, ihr die immer mehr steigenden Lasten allein zu überlassen. Genau so wie es ein schreiendes Unrecht ist, den Gemeinden alle Lasten für die Wohlfahrtsarbeitslosen aufzubürden. Hier wie dort wäre es Pflicht des Reiches, endlich eine generelle Regelung zu treffen. Seit einigen Monaten hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Richtlinien zur Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose erlassen. Die Berliner Arbeitsämter haben in Ausführung dieser Richtlinien bis zum 30. Juni dieses Jahres die Kosten für die Lehrkräfte, das Arbeitsmaterial sowie 30 Mark per Kursteilnehmer übernommen. Dadurch ist eine gewisse Entlastung für die Stadt eingetreten. Trotzdem bleibt noch genug übrig, denn die Stadt stellt die Einrichtung, Licht, Heizung und zahlt die Miete für die Heime. Die Jugendlichen werden durch die Arbeitsnahme überwiesen und erhalten ein warmes Mittagessen und zwei Schrippen mit Kaffee.

Das Verfallen des Kapitalismus.

Vor der Vertreterversammlung des 3. Kreises Wedding sprach Genosse Hans Vogel über die Aufgaben des Parteitagess in Leipzig. Im Mittelpunkt unseres augenblicklichen Kampfes, so führte der Redner aus, ständen drei Themen, über die in Leipzig die Genossen Tarnow, Breitscheid und Dillenhauer referieren würden. Der Ausfall der Wahl am 14. September 1930 kann als Ausweis einer Anglistische bezeichnet werden. Im Jahre 1918 hatte die Arbeiterklasse die Führung übernommen. Der von den Kapitalisten ausgehaltene Nationalismus verlor mit einem ganzen Apparat schlarwobulöser Phrasen der Erregungsstufen der Arbeiter zu zerstören. Sein Ziel ist die Zerstückelung der politischen Demokratie und Aufrichtung einer Diktatur über die Arbeiterklasse. Denselben Willen zeigt der Faschismus auch in allen anderen Ländern. In dieser Zeit hat die Vorauslage Marx sich am besten bewährt. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer waren unfähig, die Inflation und Deflation zu meistern, sie sind unfähig, sie haben sich unfähig erwiesen, der Rationalisierung Grenzen zu ziehen, sie vermochten nicht, das Verhältnis zwischen Produktion und Bedarf zu meistern. Krisen haben sich immer als das Unglück aller Völker erwiesen. Unter den Nachwirkungen des Krieges haben sowohl Sieger wie Besiegte zu leiden. Der Beweis ist die Weltwirtschaftskrise. Die Krise ist auch der günstigste Nährboden für den Kommunismus und Faschismus. Eine immer schärfer werdende Spannung des Verhältnisses zwischen Arbeitslosen und Hocharbeitenden ist zu beobachten. Von grundlegender Bedeutung ist die Forderung der Gewerkschaften nach der 40-Stunden-Woche. Die Handelskrise wird immer größer, sofern dem Drängen der Landwirtschaft und des Handels aus Gerichtigkeit immer höherer Zollmauern stattgegeben wird. Im letzten Jahre ist unsere Ausfuhr wertmäßig um 25 Prozent gesunken. Kein Volk vermag zu gedeihen, wenn es nur an den eigenen Vorteil denkt. Die Verständigung allein mit anderen Völkern kann einen Ausgleich herstellen.

Der Redner ging sodann auf die Haltung der Partei gegenüber der Regierung Brüning ein und betonte, daß ihre Isolierung durch die Partei bewacht werden müsse, um die Arbeiterschaft vor Schlimmerem zu bewahren. Das Ausland erkennt die schwierige Lage, in der wir uns befinden, und hält die Taktik der Sozialdemokratie für die einzig gegebene, um dem Faschismus den Weg zu verstellen. Es bliebe daher, um mit Lenin zu reden, weiter nichts übrig, als zu „paktieren und koalitionieren“. Heute ist notwendig, denn je: „Selbstvertrauen, gesteigertes Verantwortungsgedühl und Glaube an den Sozialismus, dann wird es auch vorwärts gehen, trotz alledem“.

Photos der Freude.

Die Berliner Vereinigung zur Pflege der Liebhaberphotographie stellt bei Wertheim in der Leipziger Straße eine sorgsam gesichtete Kollektion von Kunstphotographien aus. Diese Ausstellung zeigt — wie schon ihr Name verrät — Arbeiten von Liebhaberphotographen. Die Dinge sind nur subjektiv, empfindungsweise zu sehen. Technisch sind wohl alle Bilder das sauberste ihrer Art. Das vorderrückende Bromölverfahren, das die aus Bildauschnitten entstandenen Berggrößen weich und düstlich, ohne jede Konturenzeichnung „mal“, schafft die reine Bildwirkung. Schon die Bromsilbertopie bringt eine Zwischenstufung von Weichheiten gegen-

Die Maßnahmen gliedern sich in Beruf- und Unterrichtskurse sowie pflegerische Maßnahmen. Während für die Jungen Kurse in Metall- und Holzverarbeitung, Schuhmacher-, Buchbinder- und Zeichenkurse eingeführt sind, erhalten die Mädchen Haushaltsunterricht, Unterweisung in Handarbeiten, Wäschereien und Anfertigung von Kleidungsstücken. Daneben gibt es noch lautmännliche Kurse an den Handelsschulen. Ein Prozentsatz von 10 vom Hundert ist den Erwerbslosen dort referiert. Sollte dieser Prozentsatz, was bisher nicht geschehen ist, überschritten werden, kann keine Einigung mit dem Landesarbeitsamt erzielt werden konnte. Zu diesen lautmännlichen Kursen werden nur Jugendlichen zugelassen, deren Väter erwerbslos sind. Einen Fehler hat die Aktion insofern, als nur Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren zugelassen werden. Alle über 18 Jahre alten und höchstens 21-jährigen dürfen von den Bezirken nur in Einzelfällen und nur soweit betreut werden, wie finanziell und räumlich die Möglichkeit dazu gegeben ist. Wenn man bedenkt, daß gerade die 18-jährigen meistens nach Ablauf der Lehrzeit auf der Straße liegen und dann erst recht das Bedürfnis fühlen, sich fortzubilden, dann ist dieser Ausschluß eine große Härte, die bald beseitigt werden müßte. Natürlich müßte das Landesarbeitsamt dann etwas tiefer in die Tasche fassen, denn die Stadt Berlin ist am Ende ihrer Kraft. Das Landesarbeitsamt und das Reich müssen doch ein Interesse daran haben, gerade die qualifizierten jugendlichen Handwerker, die nach einigen Monaten unfreiwilligen Feiern am ehesten aus der Uebung kommen, so zu schulen, daß sie später ihren Mann stehen. Es dürfte sich bei steigender Konjunktur als ein schwerwiegender Fehler herausstellen, daß nicht genügend geschulte Handwerker da sein werden. Jetzt hört man schon Klagen von jungen Handwerkern im Alter von 20 bis 25 Jahren, die ein Jahr und länger arbeitslos sind, daß ihnen Arbeitgeber sagen: „Ich kann Sie nach solch langer Arbeitslosigkeit nicht gebrauchen“. Das muß auf solch junge Menschen niederschmetternd wirken. Hier heißt es vorbeugen. Alle in Frage kommenden Organisationen sollten sich ernstlich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen.

Sei, ehe es zu spät ist.

Ungelernte Arbeiter haben wir genug, wir brauchen und dürfen diese Zahl nicht noch künstlich vergrößern. Jetzt wäre es auch an der Zeit, wieder wie noch den alten Richtlinien von 1926 Führungen durch Fabrikanlagen, Museen und Sehenswürdigkeiten usw. durchzuführen. Auch die ein- bis dreitägigen Wanderungen in die weitere Umgebung Berlins und vor allen Dingen die Verschickung erholungsbedürftiger Jugendlicher müßte versucht werden zu finanzieren. Das Reich muß der Jugend helfen! Die Städte können es nicht mehr. Die Maßnahmen müssen auch über den 30. Juni hinaus fortgeführt und ausgebaut werden. Es darf nicht etwa vorkommen, daß kurz vor Ablauf der Zeit das Landesarbeitsamt erklärt, es könne die Aktion nicht mehr durchführen. Dem Staat und der Wirtschaft ist schlecht damit gedient, wenn die Jugend in ihrem Arbeitswillen und ihrer Arbeitsfähigkeit so geschwächt wird, daß sie später, wenn sie wieder in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden soll, minderwertige Arbeitskräfte darstellt. Wer die Jugend liebt, der setze für Arbeit und, wenn das nicht möglich ist, für Unterkunft und Freizeit, damit die jungen, schwer gefährdeten Menschen wenigstens einige Stunden des Tages nutzbringend für sich und die Gesellschaft verwenden können.

Über dem Gaslichtpapier. A. Ulrich sucht den bildmäßigen Ausdruck; Paul Unger als berühmter Fotograf von Kleineraufnahmen überrascht durch sein eingefangene Fisch- und Aquariusbilder. Leo Zeit zeigt gutgestellte Interieurs, Wäcker ein vorzügliches Traubensilben. Hans Krug studierte Wasser und Wellenschlag mit feinen Stimmungsmomenten, Walter Krug dagegen erlitt die Landschaft so stark wie mittelalterliche Radierer. B. Labahn zeichnet sich durch Eigenmächtigkeit der Motive aus; seine Bank im Neuschnee mit den Fußtapfen einspürbar ist stärkste Konzentration des Erlebnis. Walter Lorenz ist ein Sonnenanbeter; Waldhorn hat seine Stärke in Tierporträts. So haben sich überall Spezialisten, Spezialkünstler herausgebildet, und das ist letzten Endes Liebhaberphotographie im besten Sinne des Wortes.

A. Hester

Hesters Qualitätsfleischwaren nach Wunsch küchenerleilig bergereicht

1 a Ochsenfleisch feinster Mast / 1 a Lammfleisch feinster Mast / 1 a Mastkalbfleisch

Hesters feine Wurstwaren

Gurfschwurst / Gutschwurst / Kalbschwurst / Reichswurst und die sonstigen bekannten Hester-Spezialitäten

Hesters Sonderangebote

Kasser Schult	per Pfd. Mk.	0.95
Kasser Bauch	per Pfd. Mk.	0.70
Elbein mit Spitzbeln, gepökelt	per Pfd. Mk.	0.50
Elbein mit Spitzbeln, frisch	per Pfd. Mk.	0.55
Kniebeln, gepökelt	per Pfd. Mk.	0.60
Schweinschwanz, gepökelt	per Pfd. Mk.	0.50
Schweinsköpfe, gepökelt	per Pfd. Mk.	0.30
Feiner Speck	per Pfd. Mk.	0.85
Schinkencken	per Pfd. Mk.	0.80
Gänsechmalz	per Pfd. Mk.	1.20

Ganz besonders zu empfehlen:

Teewurst, fein	per Pfd. Mk.	1.60
Teewurst, grob	per Pfd. Mk.	1.70
Mettwurst nach Brschw. Art.	per Pfd. Mk.	1.08
Berliner Mettwurst	per Pfd. Mk.	1.12
Zervelatwurst	per Pfd. Mk.	1.70
Salami	per Pfd. Mk.	1.70
Brüh-Polnische	per Pfd. Mk.	0.85

Fernsprecher: A 6 Merkur 6040 bis 6045

A. Hester

FERNSPRECHER A 6-MERKUR 6040-6045

78 JAHRE